

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

21. und 22. Woche für die Zeit vom 21. Mai bis 3. Juni 1898.

Posen, 6. Juni 1898.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

B e r i c h t über die am 2. Juni in Posen stattgefundene Delegirten-Versammlung

Die heutige Generalversammlung des polnischen Provinzialwahlkomitees und der Kreisdelegirten wurde von dem Komitee-Vorsitzenden, Grafen Stephan von Zoltowski-Gluchowo, im großen BazarSaale um 11 Uhr Vormittags eröffnet. Der Schriftführer des Provinzial-Wahlkomitees, praktischer Arzt Dr. Anton Chlapowski, verlas hierauf die Namen der Delegirten, die sämmtlich (40) zur Stelle waren. Rechtsanwalt Czypicki-Koschmin richtete hierauf an den Vorsitzenden die Frage, ob es ihm in seiner Eigenschaft als stellvertretender Delegirter erlaubt sei, sich während der Beratungen der Generalversammlung im Saale aufzuhalten. Er bemerkte, daß der Delegirte ebenfalls zur Stelle sei. Der Vorsitzende verneinte die Frage. Als jedoch der Inowrazlauer Delegirte, Thierarzt Czapla, für das Verbleiben des p. Czypicki im Saale energisch eintrat, ließ der Vorsitzende über die Frage abstimmen. Die Mehrheit der Delegirten schloß sich der Ansicht des Vorsitzenden an, worauf p. Czypicki den Saal verließ. Ein junger Mann, angeblich Vertreter polnischer Warschauer Blätter, der sich jedoch nicht legitimiren konnte, wurde gleichfalls aus dem Saal gewiesen. Nunmehr erfolgte die Aufstellung von Reichstagskandidaten und zwar für den Wahlbezirk:

- 1) Gnesen-Wongrowitz-Witkowo: Dr. v. Komierowski-Miezuchowo.
- 2) Für Kosten-Schmiegel-Grätz-Neutomischel: Fabrikbesitzer Cegielski-Posen.
- 3) Für Schrimm-Schroda: Gutsbesitzer Joseph v. Glembocki-Czerlesno.
- 4) Für Pleschen-Sarotschin-Wreschen: Rechtsanwalt Dr. v. Dziembowski-Posen.
- 5) Für Krotoschin-Koschmin: Prälat Dr. von Jazdzewski-Schroda.
- 6) Für Abelnau-Schildberg-Kempen-Ostrowo: Fürst Ferdinand Radziwill-Antonin.
- 7) Für Posen: Amtsgerichtsrath Motty-Posen.
- 8) Für Inowrazlaw-Strelno-Mogilno: Dr. Krzyminski-Inowrazlaw.
- 9) Für Rawitsch-Gostyn: Fürst Jdzislaw Czartoryski-Sielec.
- 10) Für Lissa-Fraustadt: Kompromiß mit der Zentrumsparthei.
- 11) Für Schubin-Wirsitz-Znin: v. Czarinski-Zatrzewko.
- 12) Für Samter-Obornik-Birnbaum: Rittergutsbesitzer Graf Szeffler v. Kwilecki-Kwilez.

13) Für Czarnikau-Kolmar i. P.: Pfarrer Gajowiecki-Kolmar.

14) Für Bomst-Meseritz: wie bei 10.

15) Für Bromberg: Rittergutsbesitzer Leo von Czarinski-Zatrzewko.

Zum Schluß wurden noch innere Wahlanglegenheiten besprochen, namentlich Anträge auf Abänderung einiger Vorschriften des Wahlregulativs gestellt und zur Berücksichtigung bei der nächsten Generalversammlung empfohlen. Der Vorsitzende erklärte, diesen Wünschen Rechnung tragen zu wollen und schloß die Versammlung um 4 Uhr Nachmittags.

Die Versammlung nahm einen völlig ruhigen Verlauf, obwohl zu befürchten war, daß bei der Aufstellung der Kandidatur des Amtsgerichtsraths Motty für den Wahlbezirk Posen-Stadt und Posen-West und Ost es zu lebhafteren Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Hofsparthei und denjenigen der Volkspartei kommen werde. Die anwesenden Delegirten, die sich als Anhänger der polnischen Volkspartei bezeichneten, — im Ganzen 7 an der Zahl — namentlich die Rechtsanwälte Moczynski-Bromberg, Dr. Kugner-Ostrowo und Thierarzt Czapla-Inowrazlaw, traten zwar der äußeren Form wegen ziemlich lebhaft für die Kandidatur des Schuhmachers Franz Andrzejewski-Posen, als den Kandidaten der Volkspartei, auf, blieben jedoch in der Minderheit, so daß p. Motty mit 34 Stimmen (gegen 6 Stimmen) als Kandidat für Posen aufgestellt wurde.

Portasiewicz, Königl. Polizei-Inspektor.

Aus Nr. 114 des Dziennik Poznański
vom 19. Mai 1898:

Besuch der Minister in Posen.

Aus dem Umstande allein, daß der Besuch unmittelbar nach Schluß der Landtagssession stattfindet, können wir darauf schließen, daß derselbe im engen Zusammenhang mit der legislativen und parlamentarischen Aktion derselben steht. Wir nehmen ferner entschieden an, daß der Besuch im Zusammenhang mit der bekannten, vor wenigen Wochen im Staatsanzeiger veröffentlichten Erklärung des Staatsministeriums steht, die seiner Zeit einen so mächtigen Eindruck hervorrief und zu den verschiedenartigsten Muthmaßungen Veranlassung gab. Wenn dem wirklich so ist, so müßten wir uns doch wundern und bedauern, daß diese amtliche Erklärung dem feierlichen Ministerbesuche vorangegangen ist, anstatt, daß sie nach ihm erfolgt wäre. Sicherlich kann es der Regierung nur erwünscht sein, wenn die höchsten Würdenträger, die die Ziele und Entschlüsse der

Landesverwaltung in ihrer Hand halten, namentlich dort, wo wie bei uns der politische und nationale Kampf entbrannt ist und gefährliche Erbitterung und Form angenommen hat, persönlich und aus der Nähe die Ursachen der beweinswerthen und der Regierung zum Nachtheil gereichenden Verhältnisse ergründen und nach genauer Feststellung des Sachverhalts dem Uebel vorbeugen. In vorliegendem Falle hat die Sache eine ganz andere Richtung genommen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie bei den Berathungen im Abgeordnetenhaus, gleich von Beginn der Etatsfestsetzungen an, durch das neue Hundertmillionengesetz, durch verschiedene ministerielle Erklärungen, bis zu derjenigen des Gesamtministeriums, neue und empfindliche Ausnahmeverordnungen gegen uns erlassen wurden, so können wir schwerlich in dem bevorstehenden Ministerialbesuch den Willen einer unvoreingenommenen Prüfung der örtlichen Verhältnisse, um danach die entsprechenden Anordnungen zu treffen, erblicken. Es bleibt daher nur die glaubwürdigere Annahme übrig, daß es sich hier nur um die Durchführung der erlassenen Verfügung in dem Sinne handelt, wie sie dem leitenden Gedanken der Minister entspricht und dabei nicht allzu lästig für diejenigen ist, gegen die sie gerichtet war. Wenn aber auch schon diese Vermuthung den Erfolg des von den Ministern unternommenen Schrittes stark abschwächt, so bleibt es immerhin recht zweifelhaft, ob die auf diese Weise eingeholten Erkundigungen, den in unsere örtlichen Verhältnisse gänzlich uneingeweihten Herren Ministern einen richtigen Begriff von denselben zu geben im Stande sind. Es ist ja wohl kein Geheimniß, daß zwischen den Anschauungen und dem Verfahren unserer Beamten im Allgemeinen, besonders aber der Verwaltungsbeamten, und den Ansichten und Wünschen unserer Bevölkerung, ein, so zu sagen, auffallender Unterschied besteht. Sämmtliche uns besuchenden Würdenträger, und wenn sich in ihrer Begleitung auch der frühere hiesige höhere Verwaltungsbeamte befindet, werden in gewohnter Weise ihre Erkundigungen nur aus den Kreisen schöpfen, welche sie ihnen in den bekannten amtlichen Berichten mittheilen.

Wir bezweifeln, ob sie in unsere sozialen Kreise hinabsteigen und deren Beschwerden und Wünsche werden anhören wollen, die dann wahrscheinlich mit den amtlichen Berichten nicht in Einklang zu bringen sein würden. Bei dieser Sachlage können wir uns schwerlich versprechen, daß der Ministerbesuch überhaupt, namentlich aber für uns, von positivem Vortheil sein werde. Er wird nicht einmal eine Information im engsten Sinne dieses Wortes bringen, sondern höchstens nur ihren Schein wahren, um sagen zu können, die von oben ergangenen Erlasse müssen bestehen und erhalten bleiben, denn ihre Nothwendigkeit sei durch die persönliche Ueberszeugung der höchsten Würdenträger bestätigt worden. Wir haben ja dies vor einigen Jahren in unseren Schulverhältnissen, gelegentlich eines ähnlichen informativischen Besuches des Ministers Bosse erfahren.

Postbeamte polnischer Nationalität nach den westlichen Provinzen zu versetzen. Denn bereits 4 Wochen nach diesem Gerücht wurden in etatsmäßige Stellen die Post-Assistenten Andrzejewski-Meseritz und Nowakowski-Posen nach Berlin, Piontkowski von Posen nach Auerbach in Sachsen versetzt.

Vom 1. Mai ab mußten den diesseitigen Bezirk verlassen: Kofocinski und Krzyszkiewicz von Posen und Lutaszewski und Nowakowski von Ostrowo nach Berlin, Boberzki von Schrimm nach Mainz, Drzemczewski von Jarotschin nach Darmstadt, Konkolowski von Koschmin nach Friedberg in Hessen, Jura von Ostrowo nach Barop, Obarzki von Gondel nach Büdingen in Hessen, Myssak von Bentfchen nach Swinemünde und Rojewski von Schmiegel nach Stargard i. P. Außer diesen nicht etatsmäßigen Assistenten wurde noch der Ober-Assistent Wolfram, ein schon älterer Beamter, von Grätz nach Altdamm versetzt.

Die Versetzung nicht etatsmäßiger Beamten nach anderen Bezirken kam „im Interesse des Dienstes“, wenn auch nicht so massenhaft, vor, wenn aber Jemand aus wichtigen Gründen um seine Belassung am Orte bat, wurde seinem Wunsche gern entsprochen. Der versetzte Beamte ging übrigens freudig in die Fremde, denn es bot sich ihm Gelegenheit, andere Gegenden kennen zu lernen, namentlich da er wußte, daß er nach zwei oder drei Jahren, bei Uebnahme einer etatsmäßigen Stelle, auf seinen Wunsch werde wieder in die Heimath zurückkehren können. Ob auch die genannten Herren sich mit dieser Hoffnung werden trösten können, dürfte wohl, mit Rücksicht auf den bereits seit einigen Jahren schon fest angestellten Herrn Wolfram und die drei zuerst genannten Herren, die vom April ab in etatsmäßige Stellen einrückten und von denen p. Piontkowski sehr wichtige Familienverhältnisse unterbreitete, die für seine Belassung in Posen sprachen, bezweifelt werden.

Die Versetzung eines Beamten gegen seinen Willen erfolgt nur zur Strafe, oder „im Interesse des Dienstes“, indeß kann den vorgenannten Herren in Bezug auf die Erfüllung ihrer amtlichen Obliegenheiten und ihres außerdienstlichen Lebenswandels nichts vorgeworfen werden, höchstens, daß sie polnische Namen führen und der polnischen Nation angehören. Der Postverwaltung müßte aber daran gelegen sein, daß sie Beamte habe, die ihre Amtsobliegenheiten mit Lust und Liebe erfüllten. Kann dies aber einem Beamten zugemuthet werden, den der Gedanke verfolgt, ihn habe eine unverdiente Strafe getroffen? Denn als Strafe muß er doch den Aufenthalt in einer fremden Umgebung betrachten, wo er einfach wegen Mangels an einer katholischen Kirche nicht einmal seinen religiösen Verpflichtungen nachkommen kann.

Es ist zu erwarten, daß unsere Abgeordneten im nächsten Reichstage Herrn v. Podbielski in der Sache interpelliren werden und sie können sicher auf die Unterstützung der anderen Parteien rechnen, weil doch die Post eine Anstalt ist, die mit der Politik nichts gemein hat; im Uebrigen ist der Staatsschatz auch nicht dazu da, um die bedeutenden Reisekosten der versetzten Beamten, lediglich um sich bei den H.-A.-Listen beliebt zu machen, zu zahlen.

Aus Nr. 114 des Dziennik Poznański
vom 19. Mai 1898 :

Aus der Stadt (Posen), den 9. Mai.

Versetzung von Postbeamten.

Die Schlesische Zeitung war gut unterrichtet, als sie i. Zt. mittheilte, man gehe mit der Absicht um,

Aus Nr. 123 des Dziennik Poznański
vom 1. Juni 1898:

Der Drendownit und der Postemp

denken im Ernst an eine Sezession. Beide Blätter veröffentlichten in ihrer Sonntagsausgabe einen Aufruf, in welchem sie zu einer General-Wählerversammlung der Stadt Posen und der beiden Posener Kreise einladen, gerade als ob die von den legalen Komitees einberufenen Versammlungen und die dort gefaßten Beschlüsse gar keine Bedeutung hätten. Auf der Tagesordnung der Generalversammlung ist als Punkt 2 aufgeführt: „Die Angelegenheit des polnischen Kandidaten“, und als Punkt 3: „Rede des polnischen Kandidaten, Fr. Andrzejewski.“ Das ist eine vollständige Ignorierung der am Donnerstag (den 2. Juni) stattfindenden General-Delegirtenversammlung, in welcher durch unsere höchste Wahlbehörde ein Kandidat aufgestellt werden wird, für den alle Wähler zu stimmen verpflichtet sind. Also ohne erst den Beschluß der Generalversammlung abgewartet zu haben, gehen der Drendownit und der Postemp an den Bruch der Solidarität und die Zersplitterung der Gesellschaft heran. Es ist gut, auch dies zu wissen, namentlich wird das ein Fingerzeig für die Delegirten sein, daß Kompromisse mit diesen Volksverführern nicht eingegangen werden können und daß Zugeständnisse unsererseits für sie werthlos sind. Die Veranstalter der Sezession scheinen nur zu vergessen, daß ihr Kandidat, sollte er überhaupt gewählt werden (was absolut ausgeschlossen ist), als auf unrechtmäßigem Wege gewählt, auch in Berlin als ein Sezessionist betrachtet werden würde und in die polnische Fraktion nicht aufgenommen werden könnte. Es wird also eine Sezession der Sezession wegen, um der Leidenschaft und des Ehrgeizes des Kandidaten willen veranstaltet. Daß eine derartige Zersplitterung der Gesellschaft pro nihilo in unseren Verhältnissen eine schwere Sünde ist, danach wird nicht gefragt. Unter dem Aufruf des Drendownit und Postemp befanden sich etwa 1000 Namen aus der Stadt und den Kreisen, ob es aber auch alles Wähler waren, konnten wir zur Zeit nicht feststellen. Wie und von wem die Unterschriften gesammelt wurden, darauf werden wir später noch zurückkommen.

Aus den Kreisen der Volksparteiler geht uns die Nachricht zu, daß selbst wenn die Delegirten in der Donnerstag-Versammlung die Kandidatur des Joseph v. Glembocki oder diejenige des Dr. A. Chlapowski proklamiren sollten, sie nicht daran dächten, die Kandidatur des Fr. Andrzejewski fallen zu lassen, sondern die Sezession bewerkstelligen würden. Sapienti sat! —

Aus Nr. 123 des Goniec Wielkopolski
vom 1. Juni 1898:

Der Hieb

ist die beste Deckung — sagte Herr v. Tiedemann-Bromberg in Bezug auf die Polen, indem er sie zu Brei schlagen wollte. Wir bemerkten damals, daß der Stock zwei Enden habe, was sich auch vor fünf Jahren, als Bromberg den Abgeordneten v. Gzarlinski durchgebracht hatte, bewahrheitete. Heute zieht Herr v. Tiedemann andere Seiten auf und meint, die Polen verdienen Achtung u. s. w. Er hat aber das erreicht, was er wollte, denn er hat die Deutschen in einen Haufen zusammengebracht, der für ihn,

Herrn v. Tiedemann, stimmen wird. Das ist eine vernünftige Taktik, die Deutschen gehen überall Hand in Hand, nur wir Polen sind mehr als naiv, denn erstens zanken wir uns in Posen untereinander, zweitens aber wollen wir freiwillig die Reihen der deutschen Wähler verstärken. O Geist des Mickiewicz! sicherlich hast du uns noch nicht durchdrungen.

Aus Nr. 116 des Postep
vom 22. Mai 1898:

„Aufklärung“?!

Der Dekan Chybicki aus Stenschemo übersandte dem Goniec Wielkopolski eine „Aufklärung“ darüber, was er von der Kanzel herab über die bevorstehende Wählerversammlung gesagt habe. Er versichert, daß ein „Schelten, oder die Nennung von Namen“ nicht stattgefunden habe, da er bis zum heutigen Tage (den 12. d. Mts.) noch nicht wisse, wer die Versammlung in Stenschemo veranstaltet habe. —

Machen wir hier einen Augenblick halt. „Schelten“ — ist ein elastischer Begriff, es kommt darauf an, wie man ihn auffaßt. In den Augen des Predigers auf der Kanzel kann sich das, was er spricht, als Belehrung, Warnung, „väterliche“ salbungsvolle Ermahnung, für andere geradezu als Schelten, als lärmendes Loswettern darstellen. Man hat vor einigen Jahren, als von der Kanzel herab gegen den Postemp und Drendownit ein Kreuzzug unternommen wurde, als auf die volksparteilichen Blätter Hiebe regneten, anstatt des Wortes Gottes von der Kanzel herab Artikel des Kurier verlesen wurden, ähnliche Schimpfereien sich zum Ueberdruß anhören müssen, obgleich gewiß die Prediger selbst diese Schimpfereien für „salbungsvoll“ angesehen haben.

Pfarrer Chybicki stellt sich selbst ein Zeugniß aus, aber er weiß gewiß sehr wohl, daß ein solches Zeugniß garnichts bedeutet. Es kommt hier auf andere glaubwürdige Zeugen an, auf den Text der Rede, welchen er unzweifelhaft der geistlichen Behörde vorlegen wird. Noch wunderbarer ist es, daß Pfarrer Chybicki auch jetzt noch nicht einmal weiß, wer die Versammlung in Stenschemo veranstaltet hat — daß er so abgeseondert von der Welt lebt, mit seiner Seelsorger-Arbeit so beschäftigt ist, daß er nicht weiß, was in seinem Sprengel, vielleicht nur wenige Schritte von seinem Pfarrhose vorgeht. Er habe Niemanden beim Namen genannt — sagte er — aber sich auf der Kanzel gewundert, „daß ein gewisser Schankwirth zu einer solchen Versammlung sein Lokal hergeben konnte.“ Das heißt gleichwohl jemanden nicht mit dem Stocke, sondern mit der Keule schlagen, er nennt Niemanden bei Namen, nur einen „gewissen Schankwirth“, als ob die zuhörenden Schäfchen nicht wüßten, über wen, über welchen Schankwirth er sich wundere. „Eine solche Versammlung!“ War denn dies eine Versammlung von Strauchdieben, oder von Leuten, welche die Polizei ohne Weiteres hätte auseinanderreiben und in Fesseln schmieden müssen? Und weshalb hätte denn der „gewisse Schankwirth“ sein Lokal für eine öffentliche Versammlung nicht hergeben dürfen, und hergeben sollen, über welche die Polizei die Aufsicht führt? Ist also schon die bloße Absicht, eine Versammlung zu veranstalten, bevor letztere stattfindet, bevor Reden gehalten werden, einer Verurtheilung von der Kanzel herab würdig? Pfarrer Chybicki wußte nicht und konnte

nicht wissen, ob in einer solchen Versammlung die Grundpfeiler des Glaubens und der Moralität erschüttert werden würden — und schon verurteilte und brandmarkte er sie als ein besorgter Seelsorger im Namen der Kirche?!

Und wenn in dieser Versammlung politische Angelegenheiten erörtert werden sollten, wenn vielleicht die Kandidatur Fr. Andrzejewski's empfohlen werden sollte, so geht das den Pfarrer Chybicki garnichts an, obgleich er ein so eifriger Beschützer der Gegenpartei ist. Ist es denn ein Glaubensartikel, Versöhnungsparteiler zu sein, oder ist Pfarrer Ch. in politischen Sachen unfehlbar? Er ist doch selbst als Theologe nicht unfehlbar.

Pfarrer Ch. giebt offen zu, daß er die sogenannte Volkspartei und deren Blätter, den Drendownik und Postemp mit der Sozialdemokratie verglichen habe, mit welcher sie das gemein hätten, daß sie auf die Pfarrer und die Herren loswettern. Für dieses Zugeständniß der Verfolgung der Volkspartei, des Drendownik und Postemp, sind wir ihm dankbar, und wir würden ihm noch dankbarer sein, wenn er uns den ganzen Inhalt dieser Anklage darthun würde. Es wird wahrscheinlich viel priesterliche Salbung darin enthalten sei. Wir fragen weiter: wer hat erlaubt oder anempfohlen, die Volkspartei und diese beiden Blätter mit der Sozialdemokratie zu vergleichen? Der, welcher in der Diözese die Interessen des Glaubens wahr, hat bisher weder gegen die Volkspartei, noch gegen den Drendownik und Postemp den offenen Bannfluch geschleudert und schon verfluchen diesen eifrigere Wächter des Glaubens als er von der Kanzel herab! Der „Sozialismus“, das ist ein System, eine Lehre und das System, diese Lehre haben die Volkspartei und deren Blätter nicht verkündet und verkünden sie auch nicht, denn die Volkspartei und ihre Blätter halten sich an die Lehren der katholischen Kirche.

Wir können billiger Weise den Pfarrer Chybicki fragen, ob er auch den Sozialismus, dessen System und Doktrin kenne, ob er irgend ein Werk, welches von dem Sozialismus, sei es von dem christlichen oder dem demokratischen, handelt, durchstudirt habe, ob er sich in der Enzyklika des heiligen Vaters Leo XIII.: *Rerum novarum* umgesehen und sich die Ermahnungen und Fingerzeige des Oberhauptes der Kirche gemerkt habe? Es ist heut Mode mit dem Sozialismus zu schrecken, als ob es keinen berechtigten Sozialismus gäbe, es ist dies dieselbe Mode, wie sie zur Zeit der letzten Theilung Polens herrschte, nämlich daß von Seiten der Theilungsmächte der Patriotismus „Jakobinismus“ genannt wurde, wie später der „Ultramontanismus“ als „schwarze Internationale“ u. s. w. hingestellt wurde.

Es ist dies eine bequeme Taktik, sich ein Gespenst zu bilden und mit diesem die einfältigen Leute in Furcht zu jagen; solcher Leute giebt es übrigens immer weniger auf der Welt, selbst in der Gegend von Stenszewo.

Pfarrer Chybicki ist der Volkspartei und deren Blättern insofern gewogen, als er nur eine Ähnlichkeit mit dem Sozialismus erblickt und zwar darin, daß beide auf die Geistlichen und Herren losschlagen, wodurch das Vertrauen zu den Geistlichen erschüttert und in höchstem Maße dem Glauben und der Kirche geschadet werde.

Wir wissen nicht, welcher „Sozialismus“ gemeint ist, der über die Geistlichen und Herren herzieht; soll es der Bebel'sche sein, so glauben wir, daß dieser Sozialismus etwas wichtigeres zu thun hat, als sich mit dem Herziehen über Personen, sei es auch über die Geistlichen und die Herren, zu beschäftigen.

Wie kann es aber Jemand wagen zu behaupten, wenn auch mit dem gefälschten Wort des Pfarrers, daß die Volkspartei und deren Blätter auf die Geistlichen und Herren zum Schaden der Kirche losgehen?

Pfarrer Chyb. hält unzweifelhaft weder den Drendownik, noch den Postemp, denn diese Blätter sind in seinen Augen gleichsam vom großen Bann betroffen, er kennt sie nur nach dem Zeugniß des Kurjer, des „Organs der Geistlichkeit“, vielleicht auch aus demjenigen des Dziennik und Goniec, nach dem Zeugniß also der verbissenen Gegner, welche ein Interesse daran haben, hiermit eine unangenehme Konkurrenz zu bekämpfen, und welche sich ohne Scham der alten Taktik bedienen: Calumniare audacter, semper aliquid haeret!

So lange Pfarrer Chyb. nicht versichert, daß er beide Blätter kenne, daß er sie schon seit langer Zeit lese, sprechen wir ihm das Recht ab, ein Urtheil über sie auf Grund der Urtheile seiner Lieblingsorgane zu fällen. Geradezu eine persönliche Verleumdung, für welche Pfarrer Chyb. sogar vor den Schranken des Gerichts zur Verantwortung gezogen werden könnte, ist die Behauptung, daß diese Blätter und ihre Anhänger einen gewissen Haß gegen die Geistlichen deshalb nährten, weil diese das Volk in Dummheit erhielten. Wenn Pfarrer Chyb. diese Verleumdung nicht durch Beweise unterstützt, in denen er zeigt, wo, wann und welches volksparteiliche Blatt veröffentlicht hat, daß die Geistlichen das Volk in seiner Dummheit erhalten, so wird es klar werden, was von seinem priesterlichen Gewissen zu halten ist. Von ebendenselben moralischen Werth sind die weiteren Worte der „Aufklärung“ betreffend die „hinterlistigen Hiebe“, „bösen Absichten“, „Schmeicheleien dem Volke gegenüber, um es nicht von sich zu stoßen und nicht Abonnenten zu verlieren.“ Wir haben hier ein Bild von Zelotismus, der gedrängt von Parteitrieben blindlings auf Alles losschlägt, was ihm in den Weg kommt, keinerlei abweichende politische Meinung verträgt, während selbst in religiösen zweifelhaften Angelegenheiten Freiheit und in Allem Liebe herrschen soll. Pfarrer Ch. äußert sich endlich dahin, daß „ein guter Katholik kein Förderer solcher Blätter und einer solchen Partei sein könne.“ Gott sei Dank, daß der Stenszewoer Dekan noch nicht Doktor der Kirche oder Bischof der Diözese ist. Sein Dekret verpflichtet und erschreckt Niemanden.

Wir fragen kurz: Können also nur der Kurjer, Dziennik und Goniec, nur die von Herrn von Koscielski und dessen engsten Freunden inaugurierte „preussisch-polnische Partei“ das Anrecht auf Orthodoxie, auf den Katholizismus, und die Unfehlbarkeit auch in katholischen Angelegenheiten für sich in Anspruch nehmen?

Steht es über diese Zeitungen, über diese Partei hinaus Keinem frei, eine eigene Ansicht und Ueberzeugung zu besitzen?

Die volksparteilichen Zeitungen sind ebenjogut katholisch, wie z. B. „das Organ der Geistlichkeit“, und die der Volkspartei angehörenden Personen sind ebenso gute Katholiken, wie der Stenszewoer Dekan selbst: das ist so klar, wie die Sonne. Ihr treibet uns in das Lager der Ungläubigen, der Häretiker und Sozialdemokraten, wir werden indessen dahin nicht gehen. Wir sind Katholiken von Geburt, von Glauben, von Ueberzeugung, dem Leben, den katholischen Gebräuchen gemäß, bessere vielleicht, als viele andere, welche uns verfluchen.

Zu einem bekennen wir uns: Wir decken die politischen Verstöße der Geistlichen und Herren auf, nicht die häuslichen, die privaten Sünden, sondern die öffentlichen und offenkundigen Arbeiten, welche

wir als für die vaterländische Sache verderblich erachten.

Wir sind Gegner der „preussisch-polnischen“, oder, wenn man will, der „Versöhnungspartei“, Gegner der näheren und entfernteren Anhänger dieser Partei, deren größte Sünde darin besteht, daß sie die Begriffe verdreht, die Gewissen verzerrt, Täuschungen sät, Jahrhundert altes Empfinden dreist verlegt, mit einem Wort, in der Gesamtheit einen Brand entzündet, welche nicht glauben kann, daß sich jemals Feuer mit Wasser vertragen kann, daß Einschmelzungen und Kofetterien eine Neuordnung der Dinge einführen könnten. Wir geben nicht zu, daß heilige und religiöse Dinge mit weltlichen Angelegenheiten vermischt werden. Ein Pfarrer, welcher Politik treibt, einmal bis zur bewaffneten Theilnahme am Aufstande, ein ander mal um in preussisch-polnische Politik zu verfallen, wird eine politische Persönlichkeit und ruft Meinungen und Kritiken seines Auftretens hervor. Wir wollen seine amtliche Thätigkeit als Pfarrer, als Seelsorger nicht antasten, wollen in sein Privatleben nicht hineinschauen, in welches die Parochianen indessen hineinschauen, wozu sie ein Recht besitzen, aber wir verfolgen sein politisches Auftreten prüfend, wir bilden uns über dasselbe eine öffentliche Meinung und geben dieser Ausdruck. Ist dies uns denn nicht erlaubt, weil es dem Pfarrer Chybicki nicht gefällt? Und wenn diese Art des Verhaltens unser Vertrauen zu den Geistlichen untergräbt — was wir nicht wissen und nicht wollen, so ist dies nicht unsere Schuld. Die Schuld liegt auf der anderen Seite.

Die Geschichte der gesamten und unserer Kirche lehrt, daß Niemand der religiösen Sache so viel geschadet, ihr so viel Unrecht zugefügt hat, als die Geistlichen selbst. Wir wissen nicht, ob sich im letzten Kulturkampfe unter dem Volke, der Volkspartei Leute, wie Kubezaf, Vizaf und Brenk (drei Staatsgeistliche) befunden haben. Das Volk hat und wird die Kirche, hat und wird die nationale Sache nicht verrathen. Die Volkspartei und die volksparteilichen Blätter rufen an erster Stelle die politischen Rechte und Pflichten ins Gedächtniß; wenn sie manchmal des Unrechts und der Unterdrückung von Seiten der höheren Stände Erwähnung thun, so thun sie das, was eifrige Prediger, von Pfarrer Skarga an, immer gethan haben, und was viele zu der Vertheidigung der Schwächeren Berufenen nicht thun, obgleich auch der heilige Vater diese Pflicht ins Gedächtniß ruft. Aber wir wissen ja, daß es bequemer ist, den „Herren“ nicht zu nahe zu treten, und schöner ist, wenn die Geistlichkeit mit dem Gutshofe in Eintracht lebt.

Was Pfarrer Chybicki als Beweis für seine Behauptungen anführt, z. B. von dem Manne, der bei einem Juden kauft, so ist das eine schöne Anekdote und nichts weiter. Soviel Logik besitzt auch Pfarrer Chybicki, um einer derartigen Dummheit keine Beweiskraft zuzuerkennen. Sollen die Volkspartei und deren Blätter die Verantwortung für alle wirklichen oder erdachten Albernheiten übernehmen, und hierbei würde auch Pfarrer Chybicki, wenn er von der Kanzel herab das Wort Gottes verkündet, schlecht fahren, denn, abgesehen von Allem, ist er doch in dieser seiner persönlichen Angelegenheit, wie er sagt, zum „Schutze des Glaubens“ aufgetreten, während es Hörer giebt, die dabei bleiben, daß er geschimpft, daß er die Kanzel zu politischen Zwecken gemißbraucht habe.

Beklagenswerth ist das Geschick, daß die Söhne einer Mutter, Befenner eines Glaubens, sich in den einfachsten Sachen — dank der „Versöhnungspartei“ — nicht mehr verstehen.

Aus Nr. 116 des Kuryer Poznański
vom 22. Mai 1898:

Eine wichtige Frage.

Aus dem Kolmar'schen, 20. Mai 1898.

Der Verlauf der Wählerversammlung in Kolmar machte sich gegen Ende der Sitzung durch ein ganz spezielles und bisher unbekanntes Kolorit bemerkbar. Nach der Wahl dreier Kandidaten, des Pfarrers Gajowiecki, des Dr. Szulbrzyński-Lubasz und des Dr. Drozyski-Schreidemühl wurde der originelle Antrag gestellt, dem Provinzialkomitee die Bitte vorzutragen, zu gestatten, daß direkt für den freisinnigen Kandidaten, im Gegensatz zu dem konservativen, unter Außerachtlassung des polnischen Kandidaten gestimmt werde. Diesen Antrag unterstützten, obwohl er so originell ist, fast alle Anwesenden, und der Vorsitzende sah sich genöthigt, ihn ins Protokoll aufzunehmen. Auf den ersten Blick erscheint der Einfall sonderbar, in einer polnischen Versammlung den Antrag zu stellen, daß ein Deutscher, und sei es auch ein Freisinniger gewählt werde.

Wer aber die verschiedenen, direkt gegen das Herz unserer Volksgeamtheit gerichteten Attentate näher betrachtet; wer diese Aufforderung zu solidarischem und unerbittlichem Auftreten gegen uns auf allen Wegen unseres Lebens hört; wenn diese jeder Scham bare Heuchelei bekannt ist, daß wir unsere Mitbürger deutscher Abstammung verfolgen und boykottiren, den wird es nicht verwundern, daß dies von Bitterkeit erfüllte Herz davon übersiebt. Der Sturm der Zeit hat obigen Gedanken — (des Eintretens für den Freisinnigen) geschaffen und will ihn in die That umsetzen, um uns, wenn auch nur theilweise, des Herzens Bitterkeit zu versüßen und uns für die doppelten Unkosten und die doppelte Wahlarbeit dadurch zu entschädigen, daß mit unserer Unterstützung aus der Wahlurne ein Kandidat hervorgehe, der uns wenigstens zu leben gestattet und nicht auf unser Herz zielt. Obgleich wir nämlich im Wahlkreise Czarnikau-Kolmar keinen eigenen Kandidaten durchbringen können, so haben wir doch in dem Kampfe zwischen dem freisinnigen und konservativen Kandidaten die Entscheidung in Händen. Schon seit Langem sind solche Ansichten laut geworden; doch hat das Provinzialkomitee, da es dieselben nicht durchweg theilte, die Losung ausgegeben, nur für den eigenen Kandidaten einzutreten, sowohl bei der Hauptwahl, als auch bei der Stichwahl. So ist es gekommen, daß wir auf diese Weise nicht allein den Landsmann nicht durchgebracht, sondern noch einem solchen Kandidaten zum Siege verholfen haben, welchen wir uns keineswegs wünschen. Und gerade unter unserer Hand und Dank unserer Taktik sind unsere unerbittlichsten Gegner durchgekommen! Was konnte das Provinzialkomitee bewegen, eine solche Losung auszugeben? Oder was bewog manche dieser unserer ehrenwerthen Führer, eine derartige Losung zu vertheidigen? Zunächst die Rücksicht darauf, daß sowohl Konservative als auch Freisinnige im Verhältniß zu uns denselben Weg gehen; ambo meliores, — Einer ist nicht besser, als der Andere. Zum Beweise dafür hat einer unserer geehrten Delegirten in der letzten Delegirtenversammlung das Verhalten eines gewissen Freisinnigen illustriert, der, obgleich durch Kompromiß und Wort gebunden, weder eines noch das andre gehalten hat und bleich vor Verlegenheit trotz der uns gegenüber eingegangenen Verpflichtung für den Gegner stimmte, als er sah, daß seine Stimme zu unsern Gunsten den Ausschlag gegeben haben würde. Es gab auch Leute, die behaupteten, man würde uns als aus-

gestorben und ausgehungert ansehen, wenn wir kein Lebenszeichen geben, sondern sogleich für einen Deutschen stimmen würden. Und schließlich meinen Manche, der polnische Bauer sei noch nicht reif genug, um einen Stimmzettel zu verdauen, der den Namen eines Deutschen trägt.

Möglich, daß diese Gründe i. Z. gerechtfertigt gewesen sind. Heut haben sie meiner Ansicht nach ihren Werth völlig verloren. Noch ist derjenige deutsche Kandidat nicht der schlimmste, welcher bei Ausübung des Verraths erblaßt. Es giebt Schlimmere, die überhaupt nicht blaß werden, wenn sie unsre Gefühle mit Füßen treten und nach unserer Vernichtung lechzen; und diese gelangen bei uns dank unsrer Taktik vor unseren Augen in fast allen Bezirken zum Siege. Was den zweiten Punkt anbelangt, so bilden die Wahlen noch kein Kriterium für die Zahl der Einwohner des Landes. Wieviel unabhängige Leute gehen bei uns mit Rücksicht auf die undankbare Arbeit überhaupt nicht zur Wahl, während Abhängige aus demselben Anlaß nicht einzehen, weshalb sie ihre Existenz aufs Spiel setzen sollten. Endlich, was bedeutet angesichts der gegen die historische Wahrheit gerichteten organisirten Verschönerung unsre Zahl, und sei sie auch noch so groß? Falls nöthig, wird man ohne Gewissensbisse sagen, daß wir überhaupt nicht mehr da sind, weder im Kolmarschen, noch in einem anderen Kreise, ebenso, wie man heut sagt, unser seien so viel, daß die Deutschen bei uns keinen Unterhalt fänden, und demnach entweder infolge Bedrückung durch uns auf und davongehen oder die Regierung um Hilfe anflehen müßten.

Der dritte Grund, daß wir nämlich das Empfinden unseres Volkes nicht verwunden dürfen, hat ebenfalls keine Berechtigung; denn unser Volk hat sich in der Schule des Verfassungslebens schon Routine genug angeeignet, um zu verstehen, daß man auch bei den Wahlen von zwei Uebeln das kleinere wählen muß. Aber weshalb sollen wir, — wird Jemand fragen, — nicht erst für den eigenen Kandidaten eintreten, um erst bei der Stichwahl für den Kandidaten fremder Nationalität einzutreten? Das kann deshalb nicht geschehen, weil das Zahlenverhältniß der Bevölkerung unsrer Kreise ein derartiges ist, daß stets unser Kandidat, in die Stichwahl kommt, während der irrefinnige Kandidat, der gewöhnlich der amtlichen Autorität und des amtlichen Einflusses entbehrt, nie in die Stichwahl kommt. Dann erst, wenn wir unsre Minderheit werden den Umständen entsprechend gehörig auszunutzen wissen, werden Freunde und Feinde mit uns rechnen und uns — nolens, volens — zu achten beginnen; denn so ist der Lauf der Welt, daß man vor Mächtigen auf dem Bauche rutscht, die Schwachen aber mit Füßen tritt.

Aus Nr. 118 des Oredownik
vom 25. Mai 1898:

Auf dem Wege zur nationalen Erniedrigung.

Vor einigen Tagen haben wir in Kürze mitgetheilt, daß das Deutsche Kreiskomitee in der Wählerversammlung den Abgeordneten Letocha aus Schlesien, einen Deutschen und Centrumsmann, als Kandidaten aufgestellt habe. Die Versammlung war mit dieser Kandidatur einverstanden. Die gestrige Posener Zeitung theilte mit, im Lissaschen habe Graf Mielzynski in einer Wählerversammlung im Namen des Komitees die Kandidatur des Propstes

Tasch aus Lissa, ebenfalls eines Deutschen, empfohlen. Der Dziennik Poznański bestätigt heut in einer Schilderung der für die Kreise Lissa-Fraustadt veranstalteten Wählerversammlung jene Mittheilung. Beim letzten Male fehlten in Bomst-Mejeritz dem polnischen Kandidaten etwa 300 Stimmen. Das polnische Volk dieses Wahlkreises hat jedesmal aus Nationalbewußtsein Zeit und Geld geopfert, jedesmal eine größere Zahl von Stimmen auf den polnischen Kandidaten vereinigt, sich verschiedenen Widerwärtigkeiten von Seiten seiner deutschen Brothegeber ausgesetzt, — auf alles Das achtete es nicht, — es ging in den Kampf und es mehrten sich die Reihen unter der polnisch-nationalen Fahne.

Und jetzt, wo uns beim letzten Male kaum 300 Stimmen zum Siege fehlten, wo wir jetzt vielleicht dem Siege nahe waren, läßt man diese Arbeit und diese Hingabe des polnischen Volkes dem Deutschen zu Gute kommen! Möge sich Niemand damit vertheidigen, daß der Kandidat ein Deutschkatholik sei und daß wir ohne die Hilfe der Deutschkatholiken in diesem Wahlkreise unterliegen. Besser unterliegen, als Demoralisirung, Begriffsverwirrung verbreiten, als von der polnischen Fahne desertiren! Die Aufstellung eines Deutschen gerade in diesem Wahlkreise, wo wir ein so lebhaftes, so beispielgebendes Anwachsen des nationalen Empfindens unter dem polnischen Volke wahrnehmen, welch' letzteres zum großen Theil bei deutschen Herren bedientet ist, das ist — Abdikation, wie der Gonicz richtig bemerkte, das ist der Weg, welcher zur nationalen Erniedrigung führt.

Auf etwas wollen wir noch aufmerksam machen. In diesem Wahlkreise giebt es keinen polnischen Adel. Das polnische Volk ist sich dort selbst überlassen; es erfüllt ohne Führer, aus eigenen Kräften seine nationalen Oeliegenheiten, erkämpft sich mit eigener Kraft seine nationalen und politischen Rechte, und jetzt liefern es diejenigen Mitglieder des Adels, die daselbst übrig geblieben sind, und die Angelegenheiten des polnischen Volkes leiten, einem Deutschen aus. Im Kreise Bomst-Mejeritz bedarf es vieler und andauernder Thätigkeit an der politischen Ausbildung des Volkes, und dieser Wahlkreis kann einst ein für die Polen völlig sicherer werden. Es ist jedoch eine in nationaler Beziehung demoralisirende Erscheinung, wenn man in dem Augenblick, wo das polnische Leben sich daselbst immer lebhafter regt, die Interessen des polnischen Volkes den Händen und der Obhut von Deutschen ausliefert.

Ebenso verhält sich die Sache im Wahlkreise Lissa-Fraustadt. Beim letzten Male siegte daselbst der polnische Kandidat, Baron von Chlapowski-Szoldry, der wegen vorgerückten Alters kein Mandat mehr annehmen will. Der aufgestellte Kandidat, der deutsche Pfarrer Tasch aus Lissa, kann der ehrenwertheste Mensch und Priester sein; er ist jedoch Deutscher, und nach dem Dziennik zu urtheilen, würde er dem katholischen Centrum, nicht der polnischen Fraktion beitreten. Für die Kandidatur Tasch trat lebhaft der Dekan Leszczynski aus Storchneft ein, der darthut, die Deutschkatholiken hätten in diesem Wahlkreise den Polen schon manchmal zum Siege verholfen, deshalb müßten die Polen für den Deutschkatholiken eintreten.

Die Deutschkatholiken können zweifellos den polnischen Kandidaten unterstützen; ihre deutsche Nationalität erleidet dabei keinen Schaden, auch nicht die mächtige deutsche Centrumspartei. Aber wir dürfen das angesichts unserer grauenvollen Lage, angesichts der antipolnischen Gesetze und Verfügungen, angesichts unserer bedrohten nationalen Existenz unter keiner

Bedingung thun. Wir würden weit kommen, wenn wir im Lissa'schen als Gegendienst für einen Deutsch-katholiken, in einem anderen Wahlkreise als Gegendienst für einen Sozialisten stimmen — und schließlich mit einem Konservativen enden würden. Es gilt, die Kräfte des polnischen Volkes wieder zu erwecken, an der politischen Ausbildung desselben zu arbeiten, auf keinen Fall aber sich in Kompromisse einzulassen, welche nationale Demoralisirung verbreiten, und das Nationalgefühl im polnischen Volke ersticken.

Aus Nr. 116 des Lech
vom 25. Mai 1898:

Die russische Presse über die preussische Ansiedelungs-Kommission.

Eines der angesehensten russischen Blätter, der Wiestnik Jewropy, beschäftigt sich in seiner Mai-Ausgabe eingehend mit der deutschen Ansiedelung in den polnischen Landen und äußert sich über die Ansiedelungs-Kommission in folgender Weise: „Gleichzeitig mit der Vermehrung der Polen in der Provinz Posen — die Zahl der Deutschen wächst verhältnißmäßig langsamer — geht der Germanisirungsprozeß des Landes in großem Maßstabe vor sich. Der polnische Bauer wird Knecht, der deutsche Ansiedler Besitzer. Auf dieselbe Weise unterjochten die Engländer die Kelten in Irland. Die gegenwärtige Gestaltung der Verhältnisse in der Provinz Posen können wir auch mit dem Ausdruck „Irlandisirung“ bezeichnen. Wenn es so fortgeht, wird sich die slawische und katholische Bevölkerung in Knechte ohne Grund und Boden, die deutsche und protestantische Bevölkerung dagegen in Rittergutsbesitzer und bäuerliche Wirths verwandeln, wobei der freie Sozialismus die scharfe Form des slawischen Feudalismus annehmen muß. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Deutschen Alles thun, um die Polen in das sozialistische Lager zu treiben, vor welchem das Volk, außer der katholischen Kirche, hauptsächlich die polnischen Blätter und die von den H.-R.-Tisten so gehaßten und von der Polizei und dem Staatsanwalt so eifrig verfolgten polnischen Vereine schützen.“

„Aus diesen Aeußerungen — bemerkt die Praca in ihrer Nr. 22 vom 29. Mai d. J. — geht hervor, daß die preussische Regierung sich auf dem Holzwege befindet und daß diese Politik ihr schlimme Früchte einbringen wird.“

Aus Nr. 113 des Dziennik Kujawski
vom 21. Mai 1898:

Aus dem Lager der Deutsch-Freisinnigen.

Eine äußerst interessante Mittheilung finden wir im Dziennik Poznański. Sie lautet wie folgt:

„Es kursirt hier das Gerücht, daß der Chefredakteur der Posener Zeitung, Herr Wagner, von seinem Posten zurücktreten mußte, weil damit gedroht wurde, daß die Posener Zeitung alle amtlichen Bekanntmachungen und Arbeiten verlieren werde. Wenn uns dies auch von einigen gut informirten Seiten mitgetheilt wird, so wollen wir dennoch abwarten, ob sich diese so sensationelle Nachricht, welche ein wunderbares Licht auf die bevorstehende Ankunft der Minister werfen würde, bestätigen wird.“

Wenn diese Nachricht der Wahrheit entsprechen sollte, und daß dies der Fall ist, kann man aus dem Umstande schließen, daß die heutige Posener Zeitung sie nicht widerruft, so wäre dies in unseren Verhältnissen ein Ereigniß von hervorragender politischer Bedeutung. Denn Herr Wagner redigirte die Posener Zeitung in so gerechtem und so unparteiischem Geiste, daß das Blatt an jene schönen Zeiten des idealen deutschen Liberalismus aus dem Jahre 1848 erinnerte, des Idealismus, welcher die Konstitution erkämpfte und trotz der Anerkennung der Rechte aller Nationalitäten, welche in den preussischen Staatsverhandlungen aufgenommen wurden, den Grundpfeiler für die heutige Größe Deutschlands geschaffen hat. Herr Wagner stellte es sich zur Aufgabe, im Großherzogthum eine Partei des unabhängigen liberalen deutschen Bürgertums zu begründen, welche, die chauvinistischen Ausschreitungen bekämpfend, die Grundlage für eine weitere günstige Entwicklung unseres Landes theils und beider ihn bewohnenden Nationalitäten bieten könnte. Wir glaubten, daß diese edelen Bemühungen, welche heutzutage nicht nur der Anerkennung, sondern auch der Bewunderung werth sind, bei den deutschen Elementen, welche Recht und Gerechtigkeit achten, warme Unterstützung finden werden, daß diese Elemente so stark sein würden, daß die auf sie gestützte Posener Zeitung mit keinen nebenjächlichen Rücksichten zu rechnen brauchen würden. Wenn also ein Mann von solchen Grundätzen, wie sich Wagner kund gethan hat, wegen des Einsengens der regierungsfeindlichen Unterstützung des Blattes zurücktreten muß, so zeigt es sich nur, daß diese freisinnigen Elemente im Großherzogthum viel zu schwach sind, um ein ehrenwerthes und unabhängiges Blatt aus eigenen Kräften zu erhalten. Die Konsequenz hieraus ist die, daß wir mit diesen Elementen absolut nicht rechnen können, daß wir uns offen sagen müssen, daß heut alle Deutschen ohne Unterschied des Bekenntnisses (also auch alle deutschen Juden) ein großes und uns feindlich gesinntes Lager bilden, und daß wir endlich unsere Taktik und Politik dem anpassen müssen. Mit dem Fall Wagners hören alle Beziehungen zur freisinnigen Partei auf, und wir müssen uns nur vor irgend welchen Kompromissen mit derselben hüten. Mit dem Fall Wagners schwindet auch der Rest des Vertrauens, welches wir zu den scheinbar gerechteren deutschen Elementen bisher hatten. Wir schreiben „scheinbar“, weil es sich zeigt, daß es auch mit dieser Gerechtigkeit sehr schwach bestellt war! Daher vorsichtig, geehrte Wahlkomitees!

Noch eins: Wenn die Posener Zeitung nach den behördlichen Inseraten und Arbeiten derartig strebt, daß sie derentwegen den besten Redakteur, den sie bisher bejessen hat, sowie die gerechte politische Richtung aufgibt, so zeigt sie auch, daß sie auf die polnischen Inserate nicht rechne; mögen daher die polnischen Kaufleute und Industriellen auch hieraus die gehörigen Konsequenzen ziehen.

Die H.-R.-Tisten triumphiren!

Aus Nr. 114 des Dziennik Poznański
vom 19. Mai 1898:

Der Sokolverein.

Die Distriktpolizeibehörde hat dem Posener Sokolverein die Veranstaltung eines Ausfluges mit Musik am Sonntag, von Posen nach Starolenta, untersagt, obwohl derselbe ohne Fahne und Sokoltracht

stattfinden sollte. Wir wollen sehen, ob den deutschen Sängern der feierliche Umzug durch die Stadt in diesem Jahre, nach dem Grundsätze „gleiches Recht (oder Unrecht) für Alle“, polizeilich sagt werden wird.

Aus Nr. 116 des Wielkopolanin
vom 22. Mai 1898:

Der angekündigte Ausflug der Mitglieder des Turnvereins „Sokol“ nach Starolenka hat nicht stattgefunden, weil er von der Polizei untersagt wurde. Selbst nicht einmal eine Fahne, oder Sokolanzüge wollten die Turner mitnehmen. Es sollte dies nur ein gewöhnlicher Maiausflug des Vereins sein. Sollte etwa der Wortlaut des § 130 dem hinderlich gewesen sein? Dieser wird noch manchmal so angewendet werden, denn die gegenwärtig allmächtige Staatsraison gebietet es so — und wir haben uns schon mehr als genug daran gewöhnt, die konstitutionellen Freiheiten der zivilisirten Welt in ihrer ganzen Fülle auszunutzen — und deshalb ist die heutige Einengung dieser Freiheiten für uns um so lustiger. Blicken wir jedoch immer auf das Königreich Polen unter dem russischen Scepter. Dort herrschte bis zu der in letzter Zeit eingetretenen Milde des Systems, der Eigenwille der Beamten, und die auf sich und ihre Familienkreise beschränkte polnische Bevölkerung entwickelte sich trotzdem, und sie erhielt sich und kräftigte sich in ihren patriotischen Gefühlen mit umsomehr Kraft, je grausamer die Bedrückung war.

Das Schöffengericht zu Inowrazlaw

verurtheilte am 25. Mai d. J., wie der Dziennik Rujawski berichtet, den Uhrmacher Dutkiewicz, sowie den verantwortlichen Redakteur des Dziennik Rujawski Mackowski in Inowrazlaw, zu je 30 Mark Geldstrafe bezw. 6 Tage Haft — den ersteren, weil er in dem Schaufenster seines Geschäftslokals Schmuckgegenstände in der Form eines polnischen Reichsadlers und mit der Aufschrift Boze zbaw Polskę (Gott erlöse Polen) ausgelegt hatte, — den anderen, weil er eine diesbezügliche Anzeige des Uhrmachers in dem von ihm gezeichneten Blatte zur Veröffentlichung zugelassen hatte. Die Staatsanwaltschaft hat in diesem Vorgehen einen „grobe Unfug“ erblickt und die Bestrafung der Schuldigen beantragt.

Aus Nr. 110 des Lech
vom 17. Mai 1898:

Gnesen, den 16. Mai.

Wozu der Chauvinismus und Eifer gegen alles Polnische unserer in unserer Stadt wohnenden Büsenfreunde führt, davon hatte ich gestern, Sonntags, persönlich die Gelegenheit, mich zu überzeugen. Ich ging mit Frau und Kind spazieren und wir kehrten auf dem nach Tremessen führenden Wege im Schützengarten ein. Als ich mich hingesezt hatte, trat ein Herr in Zivilkleidung an mich heran und hielt mir einen leeren Teller unter die Nase. In dem Glauben, es handele sich hier um irgend einen freiwilligen Beitrag, legte ich ein Zehnspfennigstück auf den Teller,

doch dem Herrn war dies zu wenig, ich gab daher zwei Silbergröschchen. Als aber auch das nicht genügte, fragte ich energisch, wie viel und zu welchem Zwecke verlangt werde, worauf ich die Antwort erhielt, heute sei Konzert und das Eintrittsgeld betrage 30 Pf. Da ich deutsche Zeitungen nicht lese und auch eine Ankündigung vor dem Garten nicht wahrnahm, sagte ich zu dem Herrn, das Stattfinden des Konzerts hätte auch in polnischen Blättern, wenigstens doch in dem hier erscheinenden Lech bekannt gemacht werden müssen. Es entstand hierauf eine allgemeine Entrüstung unter den im Garten anwesenden Gästen deutscher Nationalität, die durch Lärmen und unzweideutige Gebarden die Rückerstattung der von mir gezahlten 30 Pf. und meine sofortige Ausweisung aus dem Garten, nebst Frau und Kind, verlangten. Meiner Ansicht nach müßte dies mit Rücksicht auf die polnischen Gäste, welche die Hauptkundschaft im Schützengarten bilden, dem Gastwirth Herrn H., dem ich wegen dieses Vorfalls durchaus keinen Vorwurf mache, dies Veranlassung geben, das Stattfinden von Vergnügungen und Konzerten auch in den polnischen Blättern bekannt zu machen. Um die geehrten, den Schützengarten besuchenden polnischen Bürger vor ähnlichen Fällen zu bewahren, bringe ich das mit der Bitte zur öffentlichen Kenntniß, daß der Vorstand der Schützengilde für unsere Gleichberechtigung in einer Anstalt Sorge, an die wir ein gleiches Recht wie Andere besitzen.

Apolinarius Talarczyk,
Schuhmachermeister.

Aus Nr. 116 des Kuryer Poznański
vom 22. Mai 1898:

Wie artig manche Kreis-Schulinspektoren

gegen die Herren Propste sind, beweist nachstehendes, von einem der erwähnten Beamten an einen Propst gerichtetes Schreiben:

„Zufällig erfuhr ich, daß Ew. Hochwürden das Lokal der dortigen katholischen Schule zur Ertheilung von Beichtunterricht benützen, ohne sich vorher um die Erlaubniß hierfür bemüht und dieselbe erhalten zu haben. Darum sehe ich mich genöthigt, Ew. Hochwürden die Verwendung des katholischen Schullokals zu dem gedachten Zwecke zu verbieten. Sollte dies jedoch nichts helfen, dann müßte ich Klage wegen Hausfriedensbruchs anstrengen.“

Man muß wissen, daß jener Propst das Schullokal seit 15 Jahren für seinen Unterricht benützt und daß ihn während dieser Zeit Niemand dieserhalb beunruhigt hat. Wie kommt übrigens der Herr Inspektor dazu, des Schullokals wegen zu mahnen, dessen Wirth der Schulvorstand bezw. dessen Vorsitzender ist? Angesichts des Drohbriefes wandte sich der Herr Propst an den Schulvorstand mit der Frage, ob er in Zukunft wirklich nicht mehr von der Gastlichkeit der Schule Gebrauch machen solle und erhielt ungeachtet dessen, daß der Herr Schulinspektor die Entscheidung des Schulvorstandes zu beeinflussen suchte, den Bescheid, daß ihm das Schullokal zu dem gedachten Zweck stets offen stehe.

Aus Nr. 117 des Kuryer Poznański
vom 24. Mai 1898:

(W. S.) Aus der Schule.

Aus der Provinz, 18. Mai 1898.

Was für Sachen manchmal die Kinder in der Schule hören, davon konnte man sich in den Terminen des Beleidigungsprozesses überzeugen, den der Lehrer Zimniwicz aus Zemsko in Grätz gegen einen bäuerlichen Wirth der Schulgemeinde angestrengt hat. Es war seinem Seelsorger zu Ohren gekommen, daß dieser Lehrer Thiere und Menschen gleichstellend, mit Bezug auf die Einen sowie die Anderen in polnischer Sprache Ausdrücke gebraucht, die man nur auf Thiere anwendet, — „samiec, samica“ — (Männchen, Weibchen), sowie daß er unrichtig antwortenden Kindern gegenüber einen so unanständigen Ausdruck in Anwendung bringe, wie ihn Kinder in der Schule nie hören dürften, umsoweniger, als der Lehrer denselben Ausdruck sprichwörtlich mit Bezug auf hohe Würdenträger der katholischen Kirche gebraucht. Aus diesem Anlaß wandte sich der Seelsorger des Zimniwicz an die königliche Regierung mit der Bitte, dem Aergerniß vorzubeugen, namentlich deswegen, weil die Schulkinder mit dem Ausdruck „samica“ alte Frauen zu belegen begannen und, dieserhalb bestraft, sich damit entschuldigten, sie hätten das in der Schule vom Lehrer gelernt. Die königliche Regierung wartete das gerichtliche Urtheil ab, und als es für den Lehrer ungünstig ausfiel, theilte sie dem Pfarrer mit, sie habe dem Lehrer einen Verweis erteilt. Was wird Letzterer nun anfangen? Vor dem Fällen des gerichtlichen Urtheils und desjenigen der königlichen Regierung hat er in einer an den Herrn Erzbischof eingereichten Beschwerde seinem Seelsorger gedroht, er werde diesen dem Gericht übergeben. Wird er das jetzt zu thun wagen oder wird er den Muth haben, den Herrn Erzbischof sowie auch den Herrn Pfarrer der Drohung wegen um Verzeihung zu bitten?

Ich glaube, daß hier ein Verweis nicht hinreicht, und daß die königliche Regierung die Bitte der Schulgemeindemitglieder erhören wird, die unter Anführung noch anderer Gründe im Dezember um Versetzung des Lehrers gebeten, bisher jedoch, soviel dem Schreiber dieses bekannt ist, keinen Bescheid erhalten haben.

Aus Nr. 60 der Gazeta Grudziadzka
vom 21. Mai 1898:

Krone a. Br., den 17. Mai.

Uebersaus interessant und lehrreich ist die Geschichte der hiesigen katholischen Schule. Der Trümmerhaufen, — denn ein Gebäude konnte man das nicht nennen, — welchen die katholischen Kinder besuchten, wurde im vergangenen Jahre abgebrochen, denn es drohte ihm geradezu der Einsturz, und zwar schon seit einem Jahrzehnt. Man durfte meinen, daß die Regierung, da sie eine Reihe von Jahren hindurch die Nothwendigkeit eines Neubaus sah, bei Zeiten die erforderlichen Schritte thun werde, damit der Bau unverweilt in Angriff genommen werden konnte. Doch was geschieht? Die alte Schule wurde abgebrochen und die katholischen Kinder in Zahl von über 500 sind genöthigt, sich in Miethsräume in Privathäusern zu begeben, die der räumlichen Ausdehnung nach nicht annähernd der ungeheuren Schülerzahl entsprechen. Wir dachten, daß der Bau wenigstens in diesem Jahre werde begonnen werden;

indes ist nichts davon zu hören. Die Pläne gehen von Hannas zu Raiphas, und Gott allein weiß, wann der Bau in Angriff genommen werden wird. Man jagt, daß dies frühestens im künftigen Jahre geschehen wird, und da der Bau wenigstens ein Jahr lang dauern wird, haben wir die tröstliche Aussicht, daß sich unsere Kinder noch wenigstens zwei Jahre lang in engen und überfüllten Privaträumen herumdrücken werden. So sieht die gerühmte preussische Verwaltung — beim Bau einer katholischen Schule aus!

Aus Nr. 111 des Lech
vom 18. Mai 1898:

Ist das möglich?

In Kirchlich-Strzyzewo ist eine katholische Schule, welche auch von Kindern aus Jeziorzany besucht wird. Im Laufe der Zeit hatte es sich herausgestellt, daß das Schulgebäude, da es zu klein ist, die Kinder nicht ganz aufnehmen kann; auch hinsichtlich der bedeutenden Entfernung der Schule von Jeziorzany hatte die Vergrößerung des Schulgebäudes in Strzyzewo nicht viel zu bedeuten. Es wurde deshalb beschlossen, eine neue katholische Schule in Jeziorzany zu erbauen, woselbst man bereits 4 Morgen für den künftigen Lehrer bereit hatte. Als jedoch der Distrikts-Kommissarius erklärte, dies wäre zu wenig, gab einer der Grundbesitzer 7 eigene Morgen an Stelle der an sein Land angrenzenden 4 Morgen her und wollte gleichzeitig dadurch seine Grenze gerade legen. Der von ihm herzugebende Grund und Boden ist etwas leichter, als die 4 Morgen große Parzelle, die schon früher für den Lehrer bereit gehalten wurde. Was thut nun die Gemeinde, die aus 49 polnischen und aus nur 9 deutschen Stimmberechtigten besteht? Viele, die deshalb neidisch waren, weil jener Ackerwirth seine Grenze gerade legen und sein Feld abzurunden wollte, setzten, obwohl sie selbst auf dem Wege des Umtausches von ihrem Besitz nichts zur Vergrößerung des Schullandes abtreten konnten, alle Hebel in Bewegung, ja sie erhoben sogar mit Hilfe der protestantischen Wirthes Widerspruch gegen den vorerwähnten Tausch, indem sie von der Ansicht ausgingen, die Gemeinde könne geschädigt werden. Die Gemeinde wendete sich daher beschwerdeführend an die höhere Behörde.

Die Gemeinde Jeziorzany, in welcher die katholischen Wirthes in der Mehrheit sind, beschloß endlich, die vier Morgen zu verkaufen und den erforderlichen Grund und Boden für den Lehrer von einem protestantischen Ackerwirth in Borowiec zu kaufen, das ziemlich weit entfernt von Jeziorzany liegt und durch einen schlechteren Weg mit Jeziorzany, als mit Kirchlich Strzyzewo verbunden ist. In Borowiec wohnt kein einziger katholischer Grundbesitzer, nur ein Protestant. Obendrein soll die Gemeinde eine Simultanschule erbauen, wo sich doch bis jetzt eine katholische Schule in Strzyzewo, wohin auch die Kinder aus Jeziorzany geschickt werden, befindet.

Ist das möglich, daß sich die Katholiken in Jeziorzany soweit vergessen und gegen ihr eigenes Recht und Interesse handeln könnten? Hat ein böser Geist ihren Verstand umnachtet, daß sie, von Neid irreführt, gegen sich selbst und ihre Kinder die Waffen kehren und nicht im katholischen Sinne handeln? Wir wollen nicht daran glauben, vielmehr annehmen, daß die Sache nicht so schlimm ist. Wir denken jedoch, die Ackerwirthes werden in sich gehen

und Alles so in die Wege leiten, wie ihnen ihr katholisches Gewissen zu handeln gebietet und werden die katholische Schule erhalten. Wir erwarten nähere Angaben aus Teziorzany und geben uns der sicheren Hoffnung hin, daß man sich für die Simultanschule noch nicht definitiv entschieden habe. Es wäre auch geradezu erstaunlich und merkwürdig, wenn in einem Dorfe, welches 49 Stimmen katholischer und nur 9 Stimmen protestantischer Wirthe zählt, die Katholiken so etwas thun sollten.

In Teziorzany muß es traurig aussehen, es soll nicht einmal ein Bauernverein dort bestehen. Das ist eine Schande und es ist unverzeihlich, wenn man hört, daß 49 Wirthe nicht fähig sind, gemeinschaftlich zu arbeiten und sich in einem landwirthschaftlichen Verein gegenseitig zu belehren. Es ist die höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen, die Trägheit abzustreifen und mit Gottes Hilfe an ein gemeinsames Handeln und gegenseitige Bildung heranzutreten.

Aus West- und Ost-Preußen.

Bericht

über die am 2. Juni d. J. in Graudenz abgehaltene polnische Delegirten-Versammlung zwecks definitiver Aufstellung von Reichstags-Kandidaten und Abänderung des Wahlreglements für Westpreußen und die Ermlande.

Die Versammlung wurde um 1/2 2 Uhr von dem Vorsitzenden des Central-Wahlkomitees, Herrn von Barczewski-Belno eröffnet, welcher den Redakteur Bienienzany als Schriftführer berief und demnächst sofort zur Prüfung der Mandate der erschienenen Delegirten schritt.

Es waren erschienen und wurden als rechtmäßige Delegirte anerkannt: Kaufmann Michalski für Stuhm, Dekan Propst Odrowski für Marienwerder, Kasimir v. Kozyski für Schwetz, Kaufmann B. Marchlewski für Graudenz, Rittergutsbesitzer Sig. v. Mieczkowski für Strasburg, Kaweczynski für Loebau, Rittergutsbesitzer Kasimir von Elaski für Briesen, Ludwig von Elaski für Kulm, Rittergutsbesitzer v. Szaniacki für Thorn, Kaufmann Gyzewski für Danzig-Stadt, Redakteur Rulerski für Danzig-Land, Rittergutsbesitzer v. Kalkstein für Stargard, Pfarrer Dr. Thokarski für Berent, Redakteur Milski für Neustadt, Professor Schroeder für Puzig, Ackerwirth Leon Lniszki für Karthaus, Rittergutsbesitzer Wl. v. Wolszlegier für Konitz, Bauer Lemanczyk für Schlochau, Rittergutsbesitzer v. Prondzynski für Flatow, Redakteur Bienienzany für Allenstein, endlich Jimmy für Bittow-Rummelsburg-Schlawa und Schneider-Koszalka für Lauenburg-Stolp. Letztere beiden Vertreter als die Repräsentanten eines zum ersten Mal hier wieder erscheinenden Bruderstammes werden sympathisch von den Anwesenden begrüßt und dann beschlossen, die Wahl der Reichstagskandidaten mittels schwarzer und weißer Kugeln vorzunehmen, da diese Art der Abstimmung nicht so zeitraubend sei und hierbei doch die geheime Wahl garantire.

Es werden aufgestellt:

1) Wahlkreis Elbing-Marienbourg.

Für diesen Wahlkreis ist ein Delegirter nicht gewählt, ein Reichstagskandidat nicht aufgestellt worden. Propst Wolszlegier bemerkt, daß nach seiner Schätzung dort ein polnischer Kandidat kaum 150 Stimmen erhalten würde, eine Agitation und Wahlvorbereitung dort auch nicht lohnen würde. Hiergegen ist aber

entschieden Rulerski, welcher betont, daß gerade die Reichstagswahlen die beste Gelegenheit böten, in solchen verlorenen Bezirken die lauen und lässigen Polen aufzumuntern, die zielbewußten aber zu stärken und zusammenzuhalten. Er sei also dafür, daß dort ein polnischer Reichstagskandidat aufgestellt werde, und zwar der benachbarte von Danzig Land, und daß besondere Agitatoren hingeschickt werden, welche bis zur Reichstagswahl den Boden noch bearbeiten. Diese Vorschläge werden angenommen und, auf weiteren Antrag von Propst Wolszlegier, Milski und Gyzewski dazu bestimmt, nach Elbing und Marienburg hinzugehen und auf Kosten des Centralwahlfonds zu agitiren.

2) Danzig Stadt: Propst Dr. v. Wolszlegier.

3) Danzig Land: Für diesen Wahlkreis stellt Propst Thokarski den Antrag, gleich beim ersten Wahlgange für den deutschen Zentrumskandidaten Geistlichen Bialk einzutreten, da die Polen dort sehr schwach seien und gar keine Aussichten auf einen Wahlsieg hätten. Hiergegen wendet sich in heftigen Worten Propst v. Wolszlegier. Es wäre der größte Fehler, hierauf einzugehen. Ihm sei das größte Greuel die Germanisation durch die Kirche, wie sie heute in Westpreußen betrieben würde. Man solle sich doch nur umsehen, welche Zustände im Lande seien. Wie gehe es ihm denn in Ermlande. Dort solle er in Allenstein-Kössel durch einen deutschen, katholischen Geistlichen verdrängt werden. Und nun noch diese List der deutschen Katholiken in Danzig-Land, welche einen Priester mit polnischem Namen und polnischer Herkunft, aber deutscher Gesinnung aufstellten, um die Polen für sich zu gewinnen. Nein, er sei entschieden gegen solche Kompromisse mit dem Centrum, möge jeder seine eigenen Wege gehen. Er beantrage Aufstellung eines Polen. Rulerski pflichtet dem bei und hält es für das richtigste, dem deutschen Priester einen polnischen Geistlichen als Kandidaten gegenüber zu stellen. Professor Schroeder bemerkt, daß er den Wahlkreis seit über 20 Jahre kenne. Früher habe man dort garnicht gemerkt, daß der Katholik daselbst auch Pole sei. Erst die Maßregeln der Regierung hätten es bewirkt, daß der Pole dort seine schlummernde Nationalität wiedergefunden habe. Diese solle man ihm erhalten und einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Als Reichstagskandidat für Danzig-Land wurde demnächst einstimmig Propst Wolszlegier aufgestellt, welcher damit auch zugleich für Elbing-Marienbourg zu kandidiren hat.

4) Karthaus-Neustadt mit 23 gegen 4 Stimmen Rittergutsbesitzer von Santa-Polczynski.

5) Für Stargard-Berent-Gersk fällt der vom Delegirten vorgeschlagene Kandidat von Kalkstein-Klonowken mit 14 gegen 13 Stimmen.

Der zweite Kandidat Propst Wolszlegier nimmt in Folge dessen die Wahl auch nicht an, worauf nach erregter Debatte der Kanonikus Neubauer aus Pselplin als Reichstagskandidat für den Wahlkreis gewählt wurde. Vergebens protestirten die Delegirten Thokarski und Kalkstein dagegen, daß dem Wahlkreise wider und ohne dessen Willen hier ein Kandidat aufgedrängt würde; die Wahlaufrufe für Kalkstein, die Stimmzettel für denselben seien vertheilt, das Volk werde es Mangels jedes Grundes nicht verstehen, warum es von seinem alten Vertreter absteigen solle, alle diese Proteste halfen nichts. Kalkstein wurde als Kandidat verworfen, Neubauer aufgestellt.

6) für Stuhm-Marienwerder mit 24 gegen 3 Stimmen Eduard von Donimirski-Lissomiz,

7) für Rosenberg-Loebau einstimmig Dr. Rzepnikowski,

8) für Graudenz = Strassburg mit 26 Stimmen
Wlad. v. Rozyccki,

9) für Thorn = Kulm = Briesen einstimmig Leo
v. Czarinski,

10) für Schwetz mit 22 gegen 5 Stimmen Herr
v. Sap-Jaworski,

11) für Konitz = Tuchel einstimmig v. Wolszlegier-
Schönfeld,

12) für Schlochau = Flatau mit 21 gegen 6
Stimmen Herr v. Komierowski-Niezychowo,

13) für Deutsch = Krone ist weder ein Delegat
gewählt noch ein Kandidat aufgestellt worden. Propst
Wolszlegier ist dagegen, daß es dort geschehe. Wir
sind noch nie dort gewesen, kennen die Verhältnisse
dort gar nicht. Zudem ist Reichstagsvertreter daselbst
ein katholischer Priester, der uns freundlich gesinnt
ist. Er wird wieder gewählt werden. Lassen wir
es dabei. Mischen wir uns dort nicht hinein. Wir
machen uns nur lächerlich.

Rulerski befürwortet aber Aufstellung eines
eigenen Kandidaten und zwar des Kandidaten
für den benachbarten Wahlkreis Schlochau-Flatau.
Um aber Erfolge zu haben, müsse eine Agitation
daselbst entfaltet werden. Ein geschickter und rühriger
Mann hierfür sei Herr Sobiechowski aus Danzig.
Diesen bitte er auf Kosten des Wahlfonds zur Pro-
paganda hinzuschicken. Dieses wird beschlossen, von
Komierowski als Reichstags-Kandidat für Deutsch-
Krone aufgestellt.

14) Für Allenstein-Rößel einstimmig Propst
Dr. von Wolszlegier.

15) Für Schlawa = Bütow = Rummelsburg Re-
dakteur Rulerski.

16) Für Lauenburg-Stolp, Redakteur Rulerski.
Hiermit war die Wahl der Reichstagskandida-
ten beendet und erfolgte nunmehr die Diskussion
über das neue aufgestellte Wahlreglement. Dasselbe
wurde wesentlich nach den Beschlüssen, welche auf
der Delegierten-Versammlung im November v. J.
gefaßt worden waren, angenommen. Der Text des-
selben wird nach dem Erscheinen desselben in dem
Gesamt-Ueberblick veröffentlicht werden.

Die Versammlung erreichte gegen 1/28 Uhr ihr
Ende. Sie war zu Zeiten, namentlich wegen der
Ablehnung des Herrn von Kalkstein als Kandidaten
für den Reichstag, eine ziemlich stürmische; wären
die beiden Redakteure Rulerski und Brejski nicht
zugegen gewesen, dann wäre der Beschluß auch um-
gestoßen worden.

Es ist bei demselben verblieben, indeß ist von
vielen Anwesenden die Besorgniß geäußert worden,
ob nicht durch die beliebte Maßregelung des von
den Kreisen empfohlenen Kandidaten, zumal Auf-
rufe und Wahlzettel schon vertheilt sind, eine Kon-
fusion unter den polnischen Wählern nicht zum
Nachtheil des deutschen Kandidaten entstehen würde.

Zacher, Polizeirath.

Aus Nr. 120 der Gazeta Toruńska
vom 28. Mai 1898:

Eine Generalversammlung des westpreussischen unterrichtlichen Hilfsvereins

hat in der vorigen Woche unter Betheiligung von
21 Mitgliedern in Kulm stattgefunden. Den Vorsitz
führte Propst Odrowski-Nowra. Die Mitgliederzahl
ist, wie Dr. Czaplá berichtete, im verflossenen Jahre
um 44 gewachsen, auch der Reservefonds hat sich
vermehrt. Das Jubiläum des 50jährigen Bestehens

des Vereins soll nach dem Beschluß der Versammlung
in der nächstjährigen Generalversammlung gefeiert
werden. Berathen wurde ferner über die Reorgani-
sation des Vereins und der Direktion aufgetragen,
neue Vereinsstatuten auszuarbeiten.

Aus Nr. 117 der Gazeta Toruńska
vom 25. Mai 1898:

Die gegen den Pfarrer Polomski-Briesen wegen Meineids

angestrenzte Untersuchung ist eingestellt worden. Mit
Bezug hierauf schreibt die Gazeta Toruńska:

„Danken wir Gott, daß er den ehrwürdigen
katholischen Priester und den gesammten geistlichen
Stand vor der gräßlichen Schande, die man ihnen
zu bereiten bestrebt war, bewahrt hat. Das Unrecht
zwar, das dem Herrn Prälaten durch Anstrengung
der Untersuchung zugefügt worden ist, ist Niemand
im Stande gut zu machen; denn die Mittheilung
davon ist durch Tausende deutscher Blätter gegangen,
die davon wohl nichts erfahren werden, daß das
Gericht die Unschuld des Beschuldigten anerkannt
hat, Millionen von Deutschen werden also in der
Ueberzeugung verharren, daß sich ein katholischer
Geistlicher in der That eines Meineids schuldig
gemacht habe.“

Wie groß war übrigens die Gefahr, daß das
Gericht den Herrn Prälaten für hinreichend verdächtig
halten werde, um ihn vor das Schwurgericht zu
stellen, das sich aus Andersgläubigen zusammensetzt,
die ebenso hätten denken und ein ebensolches Ver-
dammungsurtheil hätten fällen können, wie der Herr
Richter Michalowski! Diese Gefahr wird unsrer
Geistlichkeit so lange drohen, als wir in unsrer
überwiegend katholischen Provinz ausschließlich nicht-
katholische Staatsanwälte und fast ausschließlich nicht-
katholische Richter haben werden. Katholische Staats-
anwälte und Richter würden wissen, daß es etwas
Anderes ist, Jemanden nicht zur Beichte zu lassen,
als ihm die Absolution verweigern; sie würden wissen,
daß Jemand zur Beichte zugelassen werden kann,
ohne vielleicht die Absolution zu erhalten. Alles das
würden katholische Staatsanwälte und Richter wissen,
und sie würden gewiß Zeitungen keine Gelegenheit
geben, in die ganze Welt zu posaunen, daß ein so
ehrenwerther und achtungswürdiger Mann, wie Prälat
Polomski, sich einem Meineidsverdachte ausgesetzt
habe.

Daß wir bei uns, wie es die Gerechtigkeit er-
heischt, zur größeren Hälfte katholische Staatsanwälte
und Richter hätten, danach streben im Reichstage
unsere polnischen Abgeordneten gemeinsam mit den
deutschkatholischen Centrumsmitgliedern.

Willst Du also, Bruder, daß auch fernerhin
katholische Geistliche schweren Gefängnißstrafen aus-
gesetzt seien infolge von Denunziation freimaurerischer
Blätter und irreleitender Bekundungen von katholischem
Glauben abgefallener Weiber, willst Du das, dann
bleibe am 16. Juni ds. Jz. hinterm Ofen sitzen
oder gib Deine Stimme einem Andersgläubigen!
Wenn Du aber willst, daß wir Staatsanwälte und
Richter unseres Glaubens hätten, welche die Vor-
schriften und Bräuche unserer Religion kennen; wenn
es Dich empört, daß im Dienste Gottes ergraute
Priester in den Gerichten umhergeschleppt werden,
dann mußt Du Deine Stimme einem katholisch-
polnischen Abgeordneten geben, und darüber wachen,
daß alle Deine Bekannten, Freunde und Nachbarn
ebenso stimmen!

Aus Nr. 62 der Gazeta Gdańska
vom 26. Mai 1898:

Briesen.

Der Rittergutsbesitzer W. v. Mieczkowski-Niedzwiedz, welcher zugleich Vorsitzender des Briesener Sokolvereins ist, lud diesen Verein am verflossenen Donnerstag zu einem Vergnügen auf sein Gut. Ungeachtet dessen, daß das Vergnügen ein privates war und die Gäste sich einzeln auf dem Gute einfanden, hatte man einen Gendarmen zur Ueberwachung entsandt. Derselbe war jedoch auf die Forderung des Hauswirths gezwungen, sofort den Hof zu verlassen.

Die Gazeta Grudziöndzka berichtet in Nr. 63 vom 28. Mai noch, daß obigem Feste auch der Propst Dr. Poblocki-Briesen beigewohnt habe. Durch ihn seien die Sokols zu weiterer ausdauernder Thätigkeit angespornt worden. Die Besitzerin des Gutes Wallitz, Frau v. Gajewska, habe an die turnenden Sokols schätzenswerthe Preise vertheilt.

Aus Nr. 61 der Gazeta Gdańska
vom 24. Mai 1898:

Die auf Dienstag den 24. d. M. festgesetzte Versammlung in Darzslub ist verboten worden. Der Besitzerin der Scheune, Frau Ronczina, wurde eine Strafe von 60 Mark oder eine Woche Haft angedroht. Ebenso wurde dem Pfarrer Ronczkowski, welcher diese Versammlung angemeldet hat, streng untersagt, die Versammlung abzuhalten, obgleich vorher die Anmeldebefcheinigung übersandt worden ist. Die Gründe für dieses Verbot sind uns nicht bekannt, obgleich man sie sich leicht denken kann.

Aus Nr. 61 der Gazeta Gdańska
vom 24. Mai 1898:

Die Wählerversammlung in Chmielno, welche gestern in der Scheune des Herrn Krenczkowski abgehalten werden sollte, ist polizeilich verboten worden! Schon frühzeitig waren sehr viel Landsleute, selbst aus sehr entfernten Parochien in Chmielno erschienen. Insgesamt hatten sich ungefähr 800—1000 Wähler versammelt. Als sich die Massen zur festgesetzten Stunde in der Scheune und vor derselben sammelten, erschien, bevor noch die Versammlung eröffnet worden war, der Polizeikommissar Raporra aus Danzig in Begleitung eines Gendarmen und verkündete, daß die Versammlung nicht abgehalten werden dürfe, weil das Versammlungslokal nicht geeignet sei. Auf Befragen erklärte Herr Raporra weiter, daß das Lokal deshalb nicht geeignet sei, weil Feuergefahr vorhanden sei, weil die Thüren geschlossen sein müßten und weil keine Fenster vorhanden seien. Es gab also keinen Rath, und man mußte auseinandergehen. Einzig der Abgeordnete Herr Roman von Jantapoleczynski theilte den Versammelten mit, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, weil die Polizei die Veranstaltung derselben in der Scheune verboten habe. Es entstand unter den Versammelten große Erbitterung, die Wähler riefen aus voller Brust: „Es lebe unser Abgeordneter!“ und gingen darauf ruhig auseinander.

Der Herr Abgeordnete lud darauf diejenigen, welche dem Tische näher standen, zu einem Glase Bier bei Wallerand ein. Einige Duzend Bürger

und Geistliche, sowie der Herr Abgeordnete nahmen bei einem Glase Bier an dem Tische Platz; es erschienen in dem Lokal von Wallerand auch viele Wähler zu einem Glase Bier, und zwar deshalb, weil die Hitze sehr groß war, so daß der Saal voll wurde. Auf einmal erschien an dem Tische der Kommissar Raporra und forderte, daß dem Volke eröffnet werde, es solle sich aus dem Saal entfernen, weil in dem Lokal zuviel Personen seien. Darauf wurde ihm erklärt, daß das Hinauswerfen aus dem Lokal nicht Sache der Gäste sei.

Herr Raporra drohte darauf, daß, wenn seinem Befehle nicht Folge geleistet würde, so werde dies mit Zuchthaus bestraft werden, denn es liege dann „Landfriedensbruch“ vor. Es wurde darauf der Wirth gefragt, ob er fordere, daß die Hälfte der Gäste das Lokal verlasse, worauf dieser erwiderte, daß er das nicht verlange, weil er hiervon lebe und Steuern zahle, und daß nur ein gewisser Theil der Anwesenden das Lokal verlassen müsse, da die Polizei erkläre, daß es überfüllt sei. Hierauf mußte Herr Wallerand, von der Polizei hierzu genöthigt, einen Theil der Gäste aus dem Lokal entfernen. Durch die Drohung des Herrn Raporra mit Zuchthaus fühlten sich die ruhig am Tische sitzenden und ihr Bier trinkenden Bürger und Geistlichen sehr betroffen und beleidigt, denn wie habe man von ihnen verlangen können, die Entfernung irgend Jemandes aus dem Lokale auf sich zu nehmen!

In Anbetracht dieses Vorfalles können wir mit Mickiewicz sagen: Es ziemt sich nicht, sich der Verzweiflung hinzugeben:

Wenn uns heut unsere Hoffnungen täuschen,
So wird uns ein „glückliches Morgen“ vielleicht
hierfür entschädigen.

Seien wir geduldig!

Aus Nr. 58 der Gazeta Gdańska
vom 17. Mai 1898:

In Sachen des Chmielno'er Prozesses

erhalten wir vom hochw. Herrn Dekan Szotowski nachstehende Zuschrift:

Chmielno, im Mai.

Die geehrte Redaktion hat den Verlauf meines Prozesses geschildert; da aber manche Berichtigungen nöthig sind, und es andererseits nutzbringender sein wird, die Sache vollständig darzustellen und nicht nur bruchstückweise, darum bitte ich, auch meinen Bericht aufzunehmen.

Die Anklage drehte sich um das Lied, genannt „Marsz kaszubski“, welches im August v. J. in einer Sitzung des Volksvereins gesungen worden ist. In diesem Liede werden die einst zwischen den Kasjuben und Kreuzrittern, später den Schweden geführten Kämpfe geschildert, und schließlich ist ausgesprochen, man hoffe zu Gott, daß die Kasjuben nie zu Falle kommen würden, denn der alten Väter Geist sei heut noch in ihnen kräftig. Das Buch, woraus der Organist Solo sang, kannte ich nicht; das Lied hatte ich vorher nie gehört; und weil er mit Klavierbegleitung und mit Dialekt sang, den ich nicht gewohnt bin, habe ich fast gar nichts verstanden. Den Inhalt erfuhr ich erst aus dem Anklageakt, in welchem jenes Lied aus dem erwähnten Buche übersetzt war. In der Anklage handelt es sich darum, daß ich dies Lied gekannt habe, und es absichtlich, und zwar in einer öffentlichen Versammlung habe singen lassen, um Unfrieden und Bosheit zu säen.

Zur Unterstützung des zuletzt Angeführten suchte man verschiedene Vorwürfe hervor, die nachweisen sollten, wie arg ich gegen die Deutschen gesonnen sei.

Der erste Vorwurf war, daß wir nicht für den König beteten. Das stimmt jedoch nicht, denn wir beten regelmäßig für das Herrscherhaus und für die Kaiserliche Familie. Diese Antwort entfuhr mir unbedachter und unnöthiger Weise; als ich aber später darauf zurückkam, erklärte ich, ich könne dem Gericht nicht das Recht zugestehen, derartige Fragen zu stellen, da solche nicht dem Gericht zuständen, weil sie innere Angelegenheiten der Kirche beträfen. Als es sich später um die Taufe handelte, erwähnte ich garnichts mehr.

Der zweite Vorwurf war, ich wolle auf den Särgen die deutschen Aufschriften „Leicht sei Dir die Erde!“ und „Ruhe sanft!“ nicht dulden. Nebenher gesagt, bei Begräbnissen werden bei uns Trauerandachten abgehalten, und die Särge stehen in der Kirche. Für unsre Verhältnisse erschienen mir solche Aufschriften nicht entsprechend zu sein.

Befürchtet man etwa, daß dem Verstorbenen, wenn man den Sarg in die Erde hinabläßt und die Scholle sich auf ihn wälzt, das Kreuz werde gedrückt werden? Und bei den „Ruhe sanft!“, daß das harte Bett der Erde die schlafartige Ruhe stören werde? Im besten Falle wird das eine unklare Phrase ohne Bedeutung sein, die Gottes und der Ewigkeit nicht erwähnt und mit einer Trauerandacht für die Seele nicht harmonirt. Bedeutung würde diese Phrase höchstens für den haben, der, wie die alten Egyptianer und Griechen, und gegenwärtig die Hindus in Indien an die Seelenwanderung glaubt und annimmt, die Seele wandere nach dem Tode aus einem Körper in den anderen und werde, nachdem sie in den Körper gewandert, unter dem Druck der darauf lastenden Erde stöhnen. Dieser wunderliche Glaube kommt in der That auch heut unter Leuten vor, die sich zu den sehr gesitteten rechnen, und ich weiß, daß ein solcher Mann in Wirklichkeit die Befürchtung gehegt hat, seine Seele könne in einen Postgaul wandern, und in diesem Falle müsse sie sowohl traben als auch Peitschenhiebe aushalten. Ich hob in der Gerichtsverhandlung hervor, daß solche Wünsche nicht nur unkatholisch, sondern überhaupt unchristlich und freimaurerisch seien. Die Freimaurer lieben es, den Tod unter dem Bilde des Schlafes hinzustellen, ihm damit das Mal des Grauens und der Strafe Gottes nehmend; darum bekränzen sie den Leib und überschütten ihn förmlich mit Kränzen, als sollte sich der Verstorbene in den Schlaf wiegen. Das Christenthum kannte keine Kränze; schon in den ersten Jahrhunderten in der Römerzeit steckten die Christen gegenüber den seitens der Heiden bekränzten Särgen nur auf den Särgen von Jungfrauen einen Kranz an, auf dem Sarge einer jungfräulichen Märtyrerin einen Myrthen- und einen Palmenzweig. Wir haben heut, was das Bekränzen anbetrifft, ebenfalls freimaurerische Bräuche angenommen; auf einen bekränzten Sarg braucht nun bloß noch die Inschrift „Ruhe sanft!“ zu kommen, dann könnte man meinen, der Kirche nähere sich ein Freimaurerbegräbniß. Unser biederer Volk nimmt diesen Brauch lediglich deshalb an, weil die Blechbeschläge glänzen und es anlocken, wie Kinder Flitterwerk.

Nun wird Jemand sagen, derartige Aufschriften würden doch anderswo bei Katholiken geduldet, z. B. in Danzig. Gut, aber nicht Alles taugt für Alle. In Danzig muß so Manches hingenommen werden mit Rücksicht auf die gemischte Bevölkerung; wir hier, wir Katholiken unter uns, können uns in Allem auf katholische Art einrichten und brauchen es nicht

zu leiden, daß Andersgläubige ihre nichtkatholischen Bräuche bei uns importiren und sie uns aufdrängen. Wer unser Geld haben will, hat sich nach uns zu richten, nicht wir nach ihm. Unser Wunsch ist seit Jahrhunderten: „Gieb ihm die ewige Ruhe, o Herr!“, und dieser Wunsch läßt sich, was Inhalt und Schönheit anbelangt, nicht durch eine neumodische Phrase ersetzen. Um diese „Ruhe sanft!“ und „Leicht sei Dir die Erde!“ wird seit fast zwei Jahren gestritten; man hat Danzig und Berlin in Bewegung gebracht, hat in Zeitungen und Versammlungen gestichelt, jedoch vergebens, und daher stammt die Beschuldigung, ich könne das Deutchthum nicht leiden. Doch ist es noch nicht verboten, katholisch zu lehren und zu leben.

Nr. 59 der Gazeta Gdańska
vom 19. Mai 1898:

(Fortsetzung.)

Der dritte Vorwurf beruhte darin, ich hätte den Leuten verboten, bei lutherischen Begräbnissen auf den Kirchhof zu gehen und den Grabreden zuzuhören. Es ist nämlich hier ein Fall vorgekommen, von dem ich etwa eine Woche später erfahren habe. Die Sache rief in der Parochie öffentliches Aergerniß hervor, und man erzählte mir davon mit lebhaftem Bedauern. Ich mußte mit Rücksicht auf das öffentliche Aergerniß und die Entrüstung einschreiten. In Uebereinstimmung mit den Lehrern der Kirche erklärte ich, daß man, wenn es nicht anders gehe, die Leiche bis zur Kirchhofspforte begleiten, den Kirchhof jedoch nicht betreten und die Grabrede nicht anhören dürfe. Man schlug Lärm, daß ich Uneinigkeit zwischen Deutschen und Katholiken säe.

Außerdem erklärte der eine der Zeugen, er habe während der drei Jahre seines Verweilens im Priesterseminar aus dem Munde seines geistlichen Religionslehrers nichts von einem ähnlichen Verbot gehört. Daraus war zu entnehmen, daß nur ich ein solcher Hezer sei, andere Kaplanen seien nicht so, meint jener Zeuge, er habe im Lehrerseminar schon alle Lehre hören müssen? Merkwürdig, daß das einfache Volk mit seinem Verstande und Empfinden des Herzens errathen hat, was der Zeuge in drei Jahren nicht gelernt hat. Und fürwahr, wie kann ein Katholik, der seinen Glauben achtet, zu einer lutherischen Predigt gehen? Bei sich hört er, die Seele werde gerichtet nach allen Gedanken, Worten, Thaten und Unterlassungen des Guten, und daß es ein Segener gebe, in welchem der letzte Heller werde vergolten werden müssen, und hier in der lutherischen Predigt hört er mit einem Male, daß es sich um die Thaten überhaupt nicht handle; wenn der Sterbende nur im letzten Augenblick gläubig zum Gekreuzigten aufblicke, dann komme er direkt in den Himmel.

Mit seiner Erklärung hat jener Zeuge die Wahrheit meiner Worte in Zweifel gezogen. Ich führe mithin eine Autorität an, der er wird glauben müssen. Der apostolische Stuhl hat selbst durch die Kongregation der Inquisition, die über die Reinheit des katholischen Glaubens und der Sitten wacht, am 10. Mai 1753 wie folgt entschieden: „Es wird tolerirt, daß Katholiken die Leichen von Häretikern und Schismatikern geleiten; nur dürfen sie nicht in die Kirchen und auf die Kirchhöfe gehen, (Hier ist also garnicht einmal von dem Anhören von Predigten die Rede) und müssen sich auf das bloße Beiwohnen aus Artigkeit beschränken; auch dürfen sie keine Lichter annehmen, nicht an Zeremonien theilnehmen, welche von der katholischen Kirche ver-

beten sind und nicht für die Seele des Verstorbenen beten: Auf die Frage, ob man Katholiken gestatten könne, verstorbene Häretiker bis zur Kirchenpforte zu geleiten, antwortete die heilige Kongregation unterm 7. Juli 1863: „Dummodo catholici comitantes funera haereticorum aut schismaticorum usque ad januam coemetrii meram praesentiam materiale exhibeant, civilis honoris causa ergo defunctos, nec se immisceant ritibus haereticorum, nec luminaria deferant, nec pro defuncti anima suffragia persolvant, tolerari posse.“ Das ist der wörtliche Text, welcher den oben angeführten polnischen Wortlaut enthält. Dazu wissen wir, daß dem kirchlichen Bannfluche verfällt, wer häretische Bücher liest, die von Häretikern geschrieben sind und die Häresie vertheidigen, — wie sollte es also nicht strafwürdig und verboten sein, häretische Predigten anzuhören?!

Der vierte Vorwurf. Einer der Zeugen führte als Beweis für meine deutschfeindliche Gesinnung an, ich hätte die Kinder genannt „Jan Plichta“, „Leon Trepezyt“, was zur Folge gehabt habe, daß Jan Plichta, als er später in der Schule „Johann Plichta“ mit zwei n schreiben sollte, seinen Namen nur mit einem n habe schreiben wollen, indem er sich darauf berief, daß ich ihn „Jan“ — mit einem n — genannt habe. Weil ich also Kinder, wenn ich zu ihnen polnisch redete, mit polnischen Vornamen benannte, deshalb soll ich geheßt haben, und ich werde in Zukunft nicht mehr heßen, indem ich sagen werde: „Du, Johann Plichta“, „Leo Trepezyt“, du, „Grethe Kwidzynski“, du, „Elisabeth Kujawski!“ Als ich diese Anschuldigung hörte, traute ich meinen Ohren kaum. Ich sagte nichts; das Polnischsprechen würde wohl überhaupt einer Heße gegen die Deutschen gleichkommen.

Da steht der Gendarm auf und erklärt, der Herr Landrath von Cartaus habe noch im letzten Augenblick eine Anschuldigung übersandt; ich soll nämlich zu einem katholischen Handwerker in Carthaus geschickt und ihm aufgetragen haben, sich den Landsleuten in der Gazeta Gdanska durch ein Inserat zu empfehlen. Die Sache ist an sich unschuldig, sie sollte mich jedoch vor dem Gerichtshofe belasten. Es ist das eine offenbare Lüge, da ich Niemanden zu jenem Handwerker gesandt habe, weder mit einem ähnlichen, noch überhaupt mit einem Auftrage. Das ist eine Handhabe, um der Sache auf den Grund zu kommen. Etwas Aehnlichkeit ist im Carthaus' er Kreisblatt vor einigen Wochen vorgekommen. Jemand aus der Parochie Chmielno hatte an die Gazeta Gdanska eine Zuschrift gerichtet, worin er einige in Chmielno neugegründete Geschäfte empfahl und die Landsleute anregte, in diesen Geschäften zu kaufen. Diese Sache griff das Kreisblatt auf und knüpfte daran die Bemerkung: „Wir kennen den Korrespondenten“ u. s. w., weshalb man auf mich als auf jenen Korrespondenten mit Fingern wies, — daher die Entrüstung unter den Andersgläubigen, — während jene Zuschrift für mich ebenso eine Ueberraschung gewesen ist, wie für Andere.

Aus Nr. 60 der Gazeta Gdańska
vom 21. Mai 1898:

(Fortsetzung.)

Die letzte Anschuldigung. Jemand aus der Parochie hat bei dem deutschen Lehrer in Przewoz (?) bei der Eintragung eines neuge-

borenen Kindes gesagt, er solle nicht „Hedwig“, sondern „Jadwiga“ schreiben, da ich sonst das Kind nicht taufe. Ebenfalls eine augenscheinliche Lüge. Wenn man nämlich ein Kind zur Taufe bringt, frage ich niemals, ob es schon standesamtlich eingetragen sei, da ich dieser Eintragung zur Taufe nicht bedarf. Diese Lüge erklärt sich einerseits aus einem Mißverständniß, andererseits daraus, daß man unter der Hand im Geheimen eifrig Material sammelte, was auf mich wenn auch nur einen Schatten eines Vorwurfs hätte werfen können.

Außerdem fragte man wiederholt, ob die Vereinsmitglieder nicht auf die Fahne geschworen hätten, als würde schon Militär geschaffen. Der Schriftführer des Vereins, der wahrhaftig einer der friedliebendsten Menschen ist, hat gewiß nicht vorausgesehen, daß man ihn einst so schrecklicher Verschwörungen beschuldigen werde, deswegen, weil er die Mitglieder eingetragen hat, denn was mich anbetrifft, so hatte ich an den Aufnahmeförmlichkeiten keinen Antheil. Ferner hatte man mir zugeschrieben, daß sich seit der Zeit meines Eintreffens in jener Gegend der nationale Geist belebt habe. Sollte dies der Fall sein, so ist dies nicht durch mich geschehen, sondern durch die Verhältnisse. Denn wie könnte ein Einzelner für sich selbst die Volksmassen in Bewegung versetzen und nach einer Richtung hin vorwärtsdrängen? Dazu ist eines Menschen Kraft zu schwach. Um was es sich mir einzig handelt, das ist, daß die Parochianen bei der Ueberlieferung der Väter verharren und nicht die Wege der westlichen Brudertämme gehen. Die alte Fabel vom Wolf und vom Lamm wiederholt sich unausgesetzt.

Damit waren die Vernehmungen zu Ende, die fast alle Zeit in Anspruch nahmen, so daß die Sache selbst, deretwegen ich angeschuldigt war, bei den Zuhörern fast ins Vergessen gerieth. Und derartiger zum Theil erdachter und schließlich durch das Gewissen gebotener Sachen wegen mußte man sich in den Gerichten herumschlagen! Der Herr Staatsanwalt hob in seiner Rede hervor, es komme ihm unwahrscheinlich vor, daß ich das Lied nicht gekannt habe, und darum beantragte er die Bestrafung. Durch diesen Zweifel an meiner Wahrhaftigkeit verlegt erwiderte ich: „Sie glauben wohl, Herr Staatsanwalt, daß ich Ihrertwegen oder wegen der Strafe lüge? Dann irren Sie sehr!“ Als der Herr Staatsanwalt vom Vorsitzenden befragt wurde, ob er sich dadurch verletzt fühle, antwortete er „Nein!“ und damit war die Verhandlung zu Ende.

Der Gerichtshof sprach uns von Strafe und Kosten frei, — die Wahrheit und das Recht siegten. Bei der Begründung des Urtheils drückte sich der Herr Staatsanwalt dahin aus, er habe den Eindruck davongetragen, daß ich mein Verhalten nicht ändern werde. Ich bin neugierig, worin? Ich bürge dafür, daß es auf Gottes Welt keinen Menschen giebt, der mir den Mund verschließen könnte bei der Vertheidigung der Wahrheit und der Ueberzeugung. Daß man bei diesen Kämpfen Schläge erhalten kann, ist nicht ausgeschlossen; denn wo Holz gespalten wird, da fallen Spähne. Aber wer das vermeiden, nicht verfolgt sein und ungetrübte Ruhe genießen will, der wird wohl ins Spital gehen müssen, und nicht im Leben stehen auf der Wacht der höchsten Güter, welche des Menschen Würde bilden und ihn zieren.

Daß sich uns feindlich gesinnte Blätter auf mich werfen würden, wie eine Meute, das war vorauszusehen. Diese Art Menschen sehen auf unsern Glauben und unsere Sitten wie der Blinde auf die Farben, und am mindesten verstehen sie in den jetzigen Zeiten einen Priester in einer polnischen Parochie angesichts der Verdeutsch-

ichungsströmung, die den Glauben in seinen Fundamenten bei dem oft unaufgeklärten tölpelhaften Volke untergräbt, das durch seine Trägheit manchmal eine Kugel am Beine nachschleift und eine Geißel für sein eigenes Fell drehen hilft.

„Eine schwere Aufgabe: Der Bau muß aufrecht erhalten werden, damit er keine Risse erhält; von oben her Druck und von unten her wenig Unterstützung. Die Sorge um die höheren Güter überträgt das Volk gewöhnlich Anderen; möge es aber davon überzeugt sein: wenn es selbst nicht zu deren Schutze eintritt und nicht hilft, so werden Andere die Güter nicht verteidigen.“

Der Lärm in den Zeitungen geht mich wenig an. Ich lese das Geschwätz nicht, denn ich habe dringenderes zu thun und denke auch nicht daran, mich mit ihnen auseinander zu setzen. Dennoch fühle ich mich gedrungen, einige Angriffe zur Sprache zu bringen, von denen man mir gesagt hat, und zwar deshalb, weil sie in das Gebiet meiner Aufgaben gehören. So wirst mir eines der Blätter vor, ich sei einer der Kapläne, die durch ihren Polonismus dem verstorbenen Bischof sehr viel zu schaffen gemacht hätten. Ich habe mit dem Herrn Bischof nie einen mündlichen oder schriftlichen Zwist gehabt. Höchstens ein Brief kann hier in Rechnung kommen. Man hatte sich nämlich an den Herrn Bischof mit einer Beschwerde darüber gewandt, daß ich jene Aufschriften „Leicht sei Dir die Erde!“ und „Ruhe sanft!“ nicht zulasse. Der Herr Bischof machte mir von diesen Beschwerden Mittheilung, worauf ich erwiderte, man könne jene Inschriften keinesfalls gestatten. In Danzig oder Berlin könnten sie mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse passiren, hier aber nicht. Damit war die Sache erledigt. Ferner theilte mir der Herr Bischof in demselben Briefe mit, man führe aus den Lehrerkreisen Klage darüber, daß ich ein Feind des Deutschthums sei. Darauf entgegnete ich, die Lehrerkreise seien lange noch nicht kompetent, um mein Wirken zu beurtheilen; ich fügte hinzu, daß ich die Parochie durch Niemanden auf falsche Wege bringen lasse. Damit war die Sache endgiltig abgethan. Daß vielleicht Jemand den Bischof sonst noch in dieser Beziehung behelligt hat, ist nicht meine Schuld. Uebrigens giebt es Leute, die sich in Alles mischen, in Alles ihre Nase stecken, — Unruhe verursachen. Dafür giebt es nur ein Mittel: hinauswerfen, dann wird Ruhe sein. Zu den Lehrerkreisen stehe ich in keinen näheren Beziehungen; in der Parochie sehe ich lediglich Parochianen ohne Unterschied des Berufs. Jener Vorwurf, daß ich ein Feind des Deutschthums sei, wurde nach den ersten Dekanatsvisitationen rege, wohl daher, weil ich die polnischen Kinder in der Religion polnisch prüfte, und forderte, daß man der Vorschrift gemäß die Kinder wenigstens auf der Unterstufe in der Religion polnisch unterrichte, damit das Kind, das kaum die Schwelle der Schule überschritten hat, nicht schon gezwungen sei, das Vaterunser deutsch zu lernen.

Ein anderes Blatt rieth, mich zu bespioniren. Das hat man ja schon derartig gethan, daß man lauter Schatten von Verdacht aufgegriffen hat. Ich rathe den Betreffenden jedoch, zum Spioniren nicht Leute vom Schlage des Amtsdieners auszuwählen. Derselbe hat mir, nachdem er einmal einen gewissen Volksverein überwacht hatte, ungereimtes Zeug angedichtet, und als es sich später darum handelte, vor Gericht Zeugniß abzulegen, erklärte er, er habe meine Rede nicht verstanden. Man möge auch nicht Leute dazu wählen, die nicht im Stande sind, den Sinn und den logischen Zusammenhang zu fassen.

Es ist mir nämlich vorgekommen, daß, als der Kanonikus Müller, bei dem ich damals Vikar war, einst in der Kirche ankündigte, wir würden am folgenden Sonntage das Jubiläum des heil. Vaters Pius IX. begehen, Jemand, der bei der Predigt zugegen war, beim Nachhausegehen in der Stadt als gewiß verbreitete, da er es so verstanden hatte, — der heil. Vater werde am Sonntag nach Berent kommen. Ich möchte also bitten, daß man zum Spioniren Leute wähle, die ihrer erhebenden Aufgabe hinsichtlich Auffassungsfähigkeit und Sprachkenntniß gewachsen sind. Man hat mir auch gerathen, manche Blätter wegen Beleidigung zu belangen; einstweilen unterlasse ich das, denn ich gehöre nicht zu den Leuten, die sogleich nach dem Staatsanwalt rufen, wie ein Kind, wenn man es nur schief ansieht, nach dem Lehrer ruft.

Mir scheint es, daß dieser ganze Lärm nichts Anderes ist, als eine Brotsfrage. Unser Volk, welches durch die letzten Landtagsbeschlüsse lebhaft interessirt worden ist, sammelt sich, insofgedessen befürchten Andere, es werde ihnen den Erwerb kürzen und sie nach dem Tode nicht auf den Kirchhof bringen.

Obiger Bericht möge zugleich als Antwort auf die Angriffe dienen, denen ich seitens deutscher Blätter ausgesetzt gewesen bin.

Pfarrer Szotowski, Dekan.

Aus Nr. 61 der Gazeta Gdańska
vom 24. Mai 1898:

Swiekatowo.

Unser Volksverein beabsichtigte zu Pfingsten eine Liebhabervorstellung zu veranstalten. Zu diesem Zwecke wandten wir uns an unsern Amtsvorsteher, Herrn Feilke, mit der Bitte, uns die Genehmigung hierzu zu ertheilen. Der Herr Amtsvorsteher schrieb uns darauf zurück, wir müßten von den Theaterstücken, welche aufgeführt werden sollen, eine deutsche Uebersetzung beibringen. Wir befinden uns nun in Verlegenheit, denn wir selbst können uns die Stücke nicht übersetzen und übersetzen können wir sie nicht mehr lassen, denn Pfingsten steht kurz bevor. Es wäre für uns sehr schmerzlich, wenn wir die Theatervorstellung, deren Veranstaltung uns schon soviel Schwierigkeiten und Mühe gekostet hat, nicht abhalten könnten. Aber hier ist guter Rath theuer. So also wird das Vergnügen unseres Volksvereins, verbunden mit einer Liebhabervorstellung am zweiten Pfingstfeiertag, den 30. d. Mts., nicht stattfinden können — sondern wohl erst später.

Die Redaktion macht die Interessenten auf die Unrechtmäßigkeit der Forderung des Amtsvorstehers aufmerksam und fordert sie auf, Beschwerde zu führen.

Aus Ober-Schlesien.

Aus Nr. 20 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 17. Mai 1898:

Gottwardischacht.

Wir müssen uns darüber beschweren, daß wir immer mehr zur Arbeit angehalten werden. Wir leisten unser „Soll“ und müssen noch obendrein uns selbst die Förderung besorgen, denn es giebt hier nur

wenig Schlepper. Die Arbeitgeber notiren uns aber nur eine Schicht und nichts mehr. Wir würden uns sehr freuen, wenn die Arbeitgeber uns diese Wagen auch notiren ließen. Wir müssen früh um 5 Uhr einfahren und Abends 6½ Uhr ist erst die Schicht. Wir sollen nur 10 Stunden arbeiten, wir arbeiten aber 13½ Stunden. Wir möchten daher bitten, daß wir den Tag vor einem Sonn- oder Feiertag die Schicht früher, mindestens um 5 Uhr, beenden könnten.

Königshütte.

Am Sonntag fand hier eine von Herrn Nowak-Beuthen einberufene Versammlung des gegenseitigen Unterstützungs-Vereins statt. Es waren recht viele Kameraden, sowohl Hütten- als auch Bergarbeiter erschienen. Der p. Nowak sprach über die Nothwendigkeit der Wahl von Knappschafts-Altesten aus den Reihen der Arbeiter, über Organisation und Vereinigung der Arbeiter, andernfalls ihnen Niemand werde helfen können. Die Arbeiter müßten selbst an die Verbesserung ihrer Lage herangehen, sich nach keiner fremden Hilfe umsehen, d. h. sie müßten dem „Verein“ beitreten, damit derselbe zu einer großen Macht heranwache und dann würde es Allen besser gehen.

Der Redakteur Dombek sprach hierauf über Arbeiterbestrebungen, wie dieselben für sie erforderlich und vortheilhaft seien. Es sei unbekannt, ob der Minister Briesfeld sich Mühe gegeben habe, direkt von den Arbeitern zu erfahren, was sie für Wünsche hätten, was sie schmerze, was sie brauchten. Die Arbeiter würden ihm dann geantwortet haben, ihre Hauptforderung bestünde darin: Kürzung der Schicht, bessere Behandlung der Arbeiter, bessere Ordnung, d. h. Einrichtung in den Gruben und Hütten, höhere Unterstützungen oder Renten in Krankheits-, Unfall- und Invaliditätsfällen, vor allen Dingen aber höhere Löhne, und zwar mit Rücksicht auf die jetzigen hohen Brodpreise und die noch steigenden Getreidepreise.

Schließlich wurden die Wünsche der Arbeiter in dem Buddler- und Walzenraum der „Albenslebenshütte“ besprochen. Sie wünschen dort: 1) daß am Sonnabend die Arbeit nur bis 12 Uhr Nachts dauere; 2) am Montag das Walzen erst um 6 Uhr früh beginne; 3) die Buddler verlangen, daß die Sonntagsreparaturen bezahlt würden und zwar dem I. und II. Buddler mit je 50 Pf., dem III. und IV. Buddler mit je 45 Pf. für die Stunde, die doppelt gezählt werden solle; 4) Alle, die von 12 Uhr Nachts bis 4 Uhr früh die Dfen heizen, verlangten dafür eine Entschädigung. Möge der Hüttenvorstand alle diese Wünsche, welche die Arbeiter für recht und billig hielten und für die sie öffentlich eingetreten seien, in Erwägung ziehen. Die Arbeitgeber sollen aus der Praca davon Kenntniß erhalten. Ferner handelte es sich noch um die Wünsche der Schlepper, Walker und der oben beschäftigten Arbeiter in der fiskalischen Grube. Mit diesen verhält sich die Sache folgendermaßen: Wer in der fiskalischen Grube auf Schichtlohn arbeitet, bekommt vom 16. bis 18. Lebensjahre für die Schicht und für leichtere Arbeit 1 M. 40 Pf., für schwerere Arbeit 1 M. 60 Pf., von 18. bis 20. Jahre 2 M., vom 20. Jahre ab 2 M. 50 Pf.; nach fünfjähriger, ununterbrochener Arbeit 2 M. 75 Pf. Die Arbeiter wünschen eine Aufbesserung des Verdienstes, denn es seien schwere Zeiten, Alles sei theuer, in Folge dessen könnten sie nicht auskommen, namentlich bei einer zahlreicheren Familie. Sie verlängern, daß sie Alle nach dem 20. Lebensjahre etwa 2 M. 75 Pf. verdienen könnten. Die Vertrauens-

männer sollen dem Direktor die Sache schleunigst vorlegen, damit die Aufbesserung noch im Monat Mai erfolge.

Die oben beschäftigten Arbeiter verlangen ebenfalls eine Lohnerhöhung. Unter ihnen befinden sich Invaliden, welche zu 1 M. 50 Pf. bis 1 M. 60 Pf. verdienen. Früher war es besser, denn sie verdienten 2 Mark für die Schicht, zwar nicht Alle, denn wer eine höhere Rente hatte, der verdiente weniger, wer eine niedrigere Rente hatte, erhielt bei einer schwereren Beschäftigung mehr. Jetzt ist für Alle ein gleicher Lohn. Mancher Invalide hat aber eine zahlreichere Familie, er braucht daher ein höheres Einkommen und das hat er nicht.

Die Versammelten haben zu Allem ihre Zustimmung gegeben. Der Praca wird überdies noch geschrieben, daß die neuen Lehrhauer an die Bergverwaltung noch die Bitte hätten, sie nicht so lange in der „Lehre“ zu behalten, denn oftmals müßte ein älterer Mann dieselben Arbeiten, wie ein Anderer verrichten und verdiente weniger. Die Prüfung müßte vorwiegend durch die Praxis geschehen. Sei die Letztere gut, sei die Arbeit reell ausgeführt, dann müßte der Oberbeamte die Prüfung als bestanden ansehen.

Zawadzkie.

Die Wagenschieber (Buddler) aus Königshütte führen in der Praca Beschwerde, was sollen wir aus Zawadzkie erst sagen? Bei uns herrscht weder Einigkeit noch Bildung. Wir haben es hier bei den Gasöfen (gazoki?) am schwersten, namentlich, wenn die Kohle schlecht ist. Tagtäglich giebt es bei den Dfen Skandal, und zwar wenn ein Ofen zu wenig geleistet hat. Wenn wir zur Nacht arbeiten, so erscheint um ½6 Uhr der Beamte Schmidt und ist die Leistung zu gering, so schimpft er und nimmt die Heizer in drei und die ersten Buddler in fünf Mark Strafe. Wir sind acht Mann zur Arbeit, doch der zweite und der dritte Buddler zahlen keine Strafe. Es wird nicht eher besser werden, als bis man es in der Praca gelesen haben wird. Seit der Zeit, wo der Obermeister Botta die drei Buddler ausgeschimpft hat, hat die Praca noch nichts weiter gebracht. Damals wurde es in der ganzen Direktion gelesen und es wurden Erkundigungen eingezogen, wer wohl das für die Praca geschrieben habe.

Wenn auf der Tafel zu wenig Zentner angegeben stehen, kann der Buddler sicher sein, daß er in das schwarze Buch hineinkommt. In die Gasöfen legen wir 10 Zentner rohes Eisen hinein und es sollen 475 Kilogramm, und in die kleinen Dfen sieben Zentner und es sollen 310—315 Kilogramm Eisen geliefert werden. Es giebt sieben Dfen für einen Hammer. So wie es jetzt hier ist, können wir es länger nicht aushalten. Der Obermeister Koziol schimpfte und der ganze Ofen wurde abgelöst. Sollte Einer nicht kommen, dann kann er sicher darauf rechnen, daß er 14 Tage zu Hause bleiben kann. Ich bitte, das in der Praca bekannt zu machen, denn es geht so nicht mehr weiter. Die Buddler müssen sehr oft Schadenersatz zahlen. Mögen auch die anderen Werke von unseren Verhältnissen Kenntniß erhalten.

Aus Nr. 21 der Praca (Beiblatt zum Katolik)
vom 24. Mai 1898:

Aus der „Bleischarlej-Westfeldgrube“

wird der Praca Folgendes gemeldet: Nur wenige Wochen wurde nichts in der Praca über unsere Grube berichtet und gleich haben sich die Lohnverhältnisse verschlimmert. Bei der Löhnung erhielten die Bergarbeiter an den Pfeilern 2,20 bis 2,50 Mark für die Schicht, die Schlepper verdienten 1,70 bis 1,90 Mark. Am Löhnungstage hatten einige Arbeiter die Absicht, in der Kanzlei Herrn Krause zu erklären, sie würden unter keinen Umständen für einen solchen Lohn weiterarbeiten. Mögen sich doch die Herren die Chinesen kommen lassen, vielleicht werden diese „gelben Leute“ für 50 Pf. die Schicht arbeiten. Die Herren müßten aber dann chinesisch sprechen lernen, während sie doch zu uns nicht polnisch sprechen wollen. Alles soll deutsch sein, obwohl doch das Land polnisch ist, die Schätze und die oft saure Arbeit polnisch sind, der Verdienst der Herren mit der Gesundheit und dem Leben manches polnischen Arbeiters geküßt ist. Mancher Kamerad ging im Zorn nach Hause und überlegte sich, was zu thun sei, um das zu erreichen, was jedem Arbeiter nach den christlichen Grundsätzen zukomme. Es war fast nahe am Streik. Möchten sich doch die Herren die Sache überlegen und uns den Verdienst erhöhen, die Theuerung zwingt uns nämlich, mehr Lohn zu fordern. Arbeit, Förderung verlangen sie von uns, ich weiß nicht wie viel, doch Lohn geben sie uns nicht so viel, wie wir fordern. Und es müßte doch so sein: die Herren fordern Arbeit und wir genügenden Lohn. Sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeiter mögen beiderseits das Ihrige verlangen. Ein Einvernehmen aber wird dann erst herrschen, wenn Niemand zu viel fordern wird, wenn die eine Partei Nachsicht üben wird, denn wir arbeiten nach Möglichkeit; die Herren üben jedoch nicht Nachsicht, sondern jagen dem Gewinn nach. Sie wollen immer mehr, möglichst viel haben. Das ist nicht christlich.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 61 des Wiarus Polski
vom 24. Mai 1898:

Die aufgelöste Volksversammlung in Stockum.

Am vergangenen Sonntag, den 22. Mai — Mittags — sollte in Stockum im Rheinlande eine polnische Vorwahl-Versammlung für den Kreis Ruhrort stattfinden. — Die Landsleute sind zahlreich zur Versammlung eingetroffen, es waren wohl über 500. Die Versammlung eröffnete mit dem katholischen Gruß das Mitglied des Hauptkomitees Herr Belinski aus Oberhausen. Kaum hatte er dies gethan, so erhob sich der die Versammlung überwachende Polizeikommissarius Herr Ernst aus Beed und drohte an, daß er die Versammlung auflöse, sofern die Diskussionen in der polnischen Sprache geführt werden sollten. Angesichts dieser Ankündigung ergriff der in der Versammlung anwesende Redakteur des Wiarus Polski Herr Anton Brejski das Wort und machte den Kommissarius darauf aufmerksam, daß nach einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts vom 5. Oktober 1897, es der Polizei nicht erlaubt sei Versammlungen aus dem Grunde aufzulösen, weil die Erörterungen in der polnischen Sprache geführt werden; er setzte noch hinzu, daß es die Polen nicht gestatten werden, die ihnen zustehenden Rechte kürzen zu lassen und sollte die Volksversammlung thatsächlich

aufgelöst werden, so werden sie sich auf dem geeigneten Wege bemühen, daß ihnen Gerechtigkeit widerfahre. Nach dieser Erklärung begann Herr Brejski polnisch zu sprechen; er sprach jedoch kaum 10 Minuten, so löste der Kommissarius die Volksversammlung auf und forderte die Versammelten zum Verlassen des Saales auf. Die Landsleute sahen das und wußten nicht was geschah, deshalb sprach der Redakteur des Wiarus Polski Herr Brejski noch einige Worte, um aufzuklären, daß die Polizei nicht erlaubt, in der Versammlung „polnisch“ zu sprechen und deshalb die Versammlung auflöse. Wir müßten also ruhig auseinandergehen und weil die Polizei widerrechtlich gehandelt habe, würde später eine neue Volksversammlung abgehalten werden, zu welcher die Landsleute noch zahlreicher erscheinen müßten, um zu zeigen, daß sie trotz der Unannehmlichkeiten sich nicht einschüchtern und abschrecken lassen, sondern um so mehr ihr Recht vertheidigen und desto fester zusammenhalten würden. Mit rauschendem Beifall bewiesen die versammelten Landsleute, daß diese Worte mit ihrer Ueberzeugung übereinstimmten; darum sind wir gewiß, daß, falls noch einmal eine Volksversammlung in Stockum abgehalten werden wird, sich nicht 500 sondern 1000 Landsleute zusammenfinden werden.

Das Volk, obgleich über das ihm geschehene Unrecht empört, ging so ruhig wie möglich auseinander.

Wir erwähnen noch, daß in der der Polizei eingereichten Mittheilung deutlich ausgedrückt war, daß die Diskussionen in der polnischen Sprache geführt werden würden, damit die Polizei sich bei Zeiten einen Dolmetscher besorge. Es hat jedoch nichts geholfen.

So geht man mit uns Polen um. Steuern zahlen, beim Militär dienen und das Blut vergießen für das deutsche „Vaterland“ ist gut, aber wenn sie sich in der Muttersprache belehren wollen, so verbietet man ihnen dies, obwohl das Gesetz ausdrücklich zuläßt, daß die Polen in den Volksversammlungen „polnisch“ sprechen dürfen. Darum werden die Polen auch so lange streben, bis sie die Volksversammlungen werden ohne Störung abhalten können.

Schließlich fügen wir hinzu, daß es gelungen ist sich wenigstens betreffs des Kreis-Komitees für Ruhrort, sowie des örtlichen Komitees für Saar, Stockum und Beed zu verständigen.

Für Marksloh, Hamborn, Meiderich und Bruchhausen aber wurden Delegirte gewählt, welche sich um die Bildung von Orts-Komitees Mühe geben werden.

Aus Nr. 117 des Kuryer Poznański
vom 24. Mai 1898:

Die Angelegenheit betreffend der Wahlen in Westfalen.

Wir lesen im Wiarus Polski:

„Am vorigen Donnerstag Nachmittag fand in Bochum eine Versammlung des Hauptkomitees für Westfalen, Rheinland und die Nachbarprovinzen statt, um Beschluß darüber zu fassen, welche Haltung die Polen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen einnehmen sollen. Vor Allem wurde die Frage aufgeworfen, ob man für die Zentrumskandidaten eintreten, oder einen eigenen Kandidaten aufstellen solle. Mehr als zehn Mitglieder nahmen in dieser Angelegenheit das Wort. Die Einen waren dafür, daß man bedingungslos mit dem Zentrum brechen und einen eigenen Kandidaten aufstellen solle, da die Forderungen der Polen nicht berücksichtigt worden seien

Andre hingegen waren der Ansicht, daß man das Centrum unterstützen solle. Manche begründeten dies damit, daß im Verlauf von fünf Jahren das Centrum Gelegenheit genug habe, sein Wohlwollen für die Polen durch die That zu bekunden; nach fünf Jahren könne man dann den entscheidenden Schritt thun, dem entsprechend, wie sich während dieser Zeit die Verhältnisse gestalten würden. Die Ansichten darüber, wie die Polen zu verfahren hätten, waren völlig getheilte; angesichts dessen stellte man den vermittelnden Antrag, daß sich die Polen bei der am 16. Juni d. Js. stattfindenden Reichstagswahl der Abstimmung enthalten sollten. Nach kurzen Reden für und wider wurde zur Abstimmung geschritten, und die Mehrheit der Komiteemitglieder erklärte sich dafür, daß die Polen weder die Centrumskandidaten unterstützen, noch eigene Kandidaten aufstellen, vielmehr Wahlenthaltung üben sollten. Das war der Ausgang der Donnerstagssitzung des Komitees.

Noch bemerken wir, daß der Redakteur des Wiarus Polski, Anton Brejski, noch vor der Abstimmung erklärte, er verhalte sich in dieser Angelegenheit absolut unparteiisch, überlasse die Entscheidung den Komiteemitgliedern und appellire nur an das Gewissen derselben, daß Jeder so stimme, wie er es für die Sache der Polen als am besten halte. Brejski fügte hinzu, daß er jedoch für die Folgen, welche der gethane Schritt für die Polen haben könne, keine Verantwortung übernehme.

Wenn bei den künftigen Wahlen der Centrumskandidat nicht siegt, so wird das nicht die Schuld der Polen, sondern derjenigen einflußreichen Centrumslente sein, die durch ihre Haltung die Polen gegen das Centrum aufgebracht haben. Der Umstand, daß in polnischen Gegenden die Centrumslente die Polen auch nicht unterstützen, hat bei manchen Landsleuten ebenfalls eine feindliche Stimmung gegen den Centrumskandidaten hervorgerufen."

Der Ruryer Poznanski meint hierzu:

"Wir bedauern, daß ein derartiger Beschluß gefaßt werden konnte und würden sehr glücklich sein, falls er sich ändern ließe. Trotz geringfügiger Mißverständnisse zwischen unseren Landsleuten und gewissen Centrumsmitgliedern, müßten die Polen soviel kaltes Blut bewahren, um sich nicht zu Thaten hinreißen zu lassen, für deren Folgen sogar der Redakteur des Wiarus Polski, Anton Brejski, nicht eintreten mag. Dieser irrt sich aber, wenn er behauptet, es werde nicht die Schuld der Polen sein, wenn bei den künftigen Wahlen infolge der Wahlenthaltung der Polen der Centrumskandidat nicht siege, sondern die Schuld derjenigen einflußreichen Centrumslente, welche durch ihr Verhalten die Polen gegen das Centrum aufgebracht hätten. So liegt die Sache nicht. Mögen Herr Brejski und die westfälischen Polen nicht vergessen, daß sie nicht bei sich zu Hause sind, und daß es ihnen als Schwächeren der örtlichen Bevölkerung gegenüber nicht ziemt, diese gegen sich aufzubringen, sondern daß es gilt, Dies und Jenes im Namen der Gemeinsamkeit der heiligsten Interessen zu dulden. Wenn das Centrum infolge Wahlenthaltung der Unsrigen bei den künftigen Wahlen eine Niederlage erleidet, werden die Polen daran Schuld sein, und das kann sehr unangenehme Folgen für sie haben. Darum rathen wir nochmals, den Beschluß vom vorigen Donnerstag zu ändern, solange dies angeht."

Hierzu schreibt die Gazeta Torunska in Nr. 120 vom 28. Mai:

"Daß der Antrag vom Donnerstag angenommen worden ist, dafür hat mit seiner Stimme Herr Johann Bielinski gesorgt, welcher Leiter der Druckerei des Wiarus Polski seit dem Beginn des Bestehens derselben ist, also die örtlichen Verhältnisse besser kennt, als sonst Jemand. Er hat diese Haltung in dem Augenblicke eingenommen, wo er sich überzeugte, daß sich sonst die Komiteemehrheit für besondere polnische Kandidaturen entscheiden werde, was er in Uebereinstimmung mit uns und mit der Redaktion des Wiarus Polski für unzeitig ansieht. Die Gegner besonderer Polenkandidaturen für den Westen müßten mit diesem Ergebnis zufrieden sein und nicht Leute angreifen, die sich schon genug grämen, nachdem sie aus dem Munde der Freunde besonderer polnischer Kandidaturen das Wort „Verrath“ gehört haben. Vor Allem mußte sich der Ruryer Poznanski nicht in diese Angelegenheit mischen, wenn er das Mal „Hofpartei“ nicht denjenigen aufdrücken will, die da haben möchten, daß die Polen in der Fremde diesmal vor Allem dafür Sorge tragen, daß die Kandidaten der Nationalliberalen und Konservativen jeder Färbung zu Fall gebracht werden, um das allgemeine Stimmrecht zu sichern. Uebrigens warten wir den amtlichen Aufruf der obersten Wahlbehörde im Westen ab, die in Kurzem erscheinen soll und nach unseren Informationen der gegenwärtigen politischen Sachlage überhaupt und im Besonderen der traurigen Lage unseres Auswandererthums im Westen entsprechen soll.

Aus Nr. 62 des Wiarus Polski
vom 26. Mai 1898:

In Heiden bei Hattingen

ist am 15. d. Mts. ein polnischer Arbeiterverein gegründet worden, welcher den Bischof Stanislaus zum Schutzpatron gewählt hat. Dem Verein traten 23 Mitglieder bei. Vorsitzender ist Martin Ratajczak, Schriftführer Martin Tyczewski, Kassirer Johann Kowalski, Bibliothekar Anton Malczycki.

Aus Nr. 64 des Wiarus Polski
vom 29. Mai 1898:

Betrifft die Wahlen.

Wie wir erfahren, berufen die Deutschen, unzufrieden mit dem Beschluß des polnischen Hauptkomitees auf eigene Faust die Polen zu Versammlungen ein. Angesichts dessen betonen wir, daß sie hierzu nicht das mindeste Recht haben. Denn die Polen haben ihre Wahlbehörden, und nur diese sind zur Einberufung von Wahlversammlungen befugt. Eine solche Thätigkeit hinter dem Rücken des polnischen Komitees ist durchaus nicht am Plage.

Aus Nr. 59 des Wiarus Polski
vom 19. Mai 1898:

Die Versammlung, welche am vergangenen Sonntag in Langendreer abgehalten wurde, eröffnete und leitete Herr Grzegorski, der Vorsitzende des Komitees für den Kreis Bochum. Nach Prüfung der Wahl und verschiedener anderer Angelegenheiten, welche die Polen in der Fremde betreffen, wurde ein Ortskomitee für Langendreer gewählt.

Aus Nr. 59 der Wiarus Polski
vom 19. Mai 1898:

In Altenessen fand am Sonntag, den 1. Mai, im Lokale des Herrn Koppers eine Wahlversammlung für den Kreis Essen statt. Die Versammlung wäre beinahe nicht zu Stande gekommen, indem im letzten Augenblicke die Polizei dem Eigenthümer des Lokals ein Verbot für den Ausschank von Getränken von 4 Uhr ab bis zur Beendigung der Versammlung und zwar in sämtlichen Räumen seiner Restauration gesandt hatte. In Anbetracht dessen wollte der Gastwirth seinen Saal nicht abtreten, weil er sich dadurch einen bedeutenden Schaden zugefügt hätte. Es gelang jedoch im letzten Augenblick die Polizei zu bewegen, daß sie das dem Restaurateur ursprünglich gegebene Verbot zurücknahm. In dieser Versammlung wurde die Angelegenheit der künftigen Wahlen ziemlich ausführlich besprochen, sowie auch die gegenwärtige Lage der Polen in der Fremde, worauf ein Kreiskomitee für den Kreis Essen und ein Ortskomitee für Altenessen gewählt wurde. Die Versammlung leitete Herr Wojcynski, der Vorsitzende des Hauptkomitees.

Aus Nr. 59 des Wiarus Polski
vom 19. Mai 1898:

In Alstaden fand eine polnische Versammlung am Sonntag, den 8. Mai um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, ohne jede Störung statt. In der Versammlung sprachen die Herren Fr. Kordylasinski, Krzyzaniak, Zielinski, Fr. Radecki und Linka. Alle Redner trugen unsere Leiden vor. Was uns aber am meisten schmerzt, daß ist der Mangel an Seelsorge und daß sich um uns fast Niemand kümmert. Fr. Radecki deutete an und beklagte, daß obchon die Kirche in Alstaden seit beinahe 9 Monaten geweiht sei, wir noch keinen polnischen Geistlichen hier gehabt hatten. Wir brauchen durchaus mehr Seelsorge, denn es geschieht ein Unglück über das andere, jedoch ein Geistlicher ist nicht vorhanden, welcher uns im Falle des Todes auf den Weg in die Ewigkeit vorbereiten könnte. Was die Wahlen anbelangt, waren die Redner der Ansicht, daß kein katholischer Pole für einen Sozialisten, Liberalen oder Konservativen stimmen kann, denn das sind die Feinde unserer heiligen Religion und der Nationalität. Es wurde festgesetzt, für einen Zentrumskandidaten zu stimmen, er müsse uns jedoch versprechen, daß er sich um uns bekümmern und unsere Rechte vertheidigen werde, wie sie uns zukommen. Es wurden sieben Personen als Ortskomitee gewählt.

Aus Nr. 60 des Wiarus Polski
vom 21. Mai 1898:

Die Polenversammlung in Bottrop,

die am vorigen Sonntag stattgefunden hat, beschloß an die geistliche Behörde in Münster eine Bittschrift um Anstellung eines ständigen polnischen Seelsorgers in Bottrop zu richten.

Aus Nr. 61 des Wiarus Polski
vom 24. Mai 1898:

In Marksloh bei Ruhrort

ist am 22. Mai d. Js. ein polnischer Arbeiterverein gegründet worden, der den heiligen Bischof Stanislaus zu seinem Patron erwählte. Dem Verein traten 45 Personen bei. Vorsitzender ist Fr. Guzenda, Schriftführer J. Smolarek, Kassirer B. Plokarz, Bibliothekar Fr. Szymanski.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 21 der Gazeta Robotnicza
vom 21. Mai 1898:

Sozialdemokratische Kandidaten.

Für die Wahlbezirke in der Provinz Posen

wurden nachstehende Kandidaten aufgestellt:

Für Posen-Stadt, Scherfenz, Stenszewo, Jersiz, Gurtichin: Franz Morawski, Tischler aus Berlin.

Für Bromberg-Stadt und Umgegend: Konstantin Janiszewski, Seher aus Rixdorf.

Für Wirz und Schubin: Konstantin Janiszewski, Seher aus Rixdorf.

Für Fraustadt-Schrimm, sowie für Schroda und Pleschen: Nikolaus Kraszewski, Tischler aus Briesen.

Für Samter-Obornik, Meseritz-Bomst, But-Kosten: Franz Morawski, Tischler aus Berlin.

Für Krotoschin-Abelau-Schildberg: Ludwig Jgliniski, Gastwirth in Hamburg.

Für Inowrazlaw-Mogilno: Franz Morawski, Tischler aus Berlin.

Für Gnesen-Wongrowitz und Czarnikau-Kolmar i. P.: Thomas Golibrodzki, Schuhmacher aus Berlin.

Für Rawitsch-Gostyn: Hermann Stolpe aus Grünberg.

Für die Wahlbezirke in Oberschlesien:

Für Kreuzburg-Rosenberg: Stanislaus Arze-miniecki, Tischler aus Breslau.

Für Oppeln: Wilhelm Recker, Leinweber aus Neustadt D./S.

Für Lublinitz-Gleiwitz: Dr. A. Winter, Literat aus Königshütte.

Für Beuthen-Tarnowitz: Herrmann Sachs, Bergmann aus Zwickau.

Für Rattowitz-Babrze: Franz Morawski, Tischler aus Berlin.

Für Pleß-Rybnik: Franz Morawski, Tischler aus Berlin.

Für Ratibor: August Bebel, Literat aus Berlin.

Für Leobschütz: Adolph Kirchmeier, Weber aus Neustadt D./S.

Für Neustadt D./S.: Oskar Schütz, Former aus Breslau.

Für Falkenberg-Grottkau: August Bebel, Literat aus Berlin.

Für Reiffe: August Bebel, Literat aus Berlin.
Genossen, Landsleute!

Bei den jetzigen Wahlen handelt es sich nicht allein um den Sieg des Proletariats, sondern auch hauptsächlich darum, den Gegnern unsere Macht in Ziffern zu zeigen. Wir haben unzählige Gegner um uns herum, namentlich die Regierung und ihre weltlichen und geistlichen H.-R.-Listen, Ausbeuter und Unterdrücker, sie leben Alle vom Blut und Schweiß des arbeitenden Volkes, sie begnügen sich nicht damit, sondern wollen noch rohere Gesetze erlassen, um Dich, du Volk, noch ohnmächtiger hinzustellen, zu unterjochen und auszubeuten. Mit Rücksicht auf jene Gegner und die uns drohende noch größere Gefahr fordern wir Euch, Landsleute und Genossen, im Namen der Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit auf, mögen uns persönliche Rücksichten und Antagonismen nicht entzweien, sondern möge Jeder in seinem Wahlbezirk am 16. Juni seine Stimme für die oben genannten Kandidaten abgeben und den Millionen sozialistischer Stimmen gegenüber wird die Schaar

unserer Gegner erblaffen und machtlos werden. Wir müssen nur einig sein und zusammenhalten und der Sieg ist unser.

Aus Nr. 120 des Dziennik Poznański
vom 27. Mai 1898:

Die Sozialdemokraten

entwickeln in allen polnischen Gegenden eine energische Wahlagitation. Sie scheuen keine Geldopfer für Aufrufe, welche sie in hunderttausenden Exemplaren unter der polnischen Bevölkerung verbreiten. Dieser Angelegenheit ist die vollste Aufmerksamkeit zu schenken. In Kujavien verbreiten die Sozialdemokraten rothe Broschüren, in welchen die sie Bauern überzeugen wollen, daß sie lediglich von der Sozialdemokratie ihre Rettung zu erwarten hätten. Sie breiten ihre Netze auch über Ermland aus. Aus Allenstein wird gemeldet, daß sie mit Aufrufen und Wahlzetteln für ihren Kandidaten, den Rechtsanwalt Haase-Königsberg die Stadt übersättet hätten. Also Vorsicht!